



Jahresbericht 2025

Deutsche Industrie- und Handelskammer

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

Geschäftsführendes DIHK-Präsidium

Präsident



Peter Adrian

Vizepräsident der IHK Trier
(Vorstand der TRIWO AG, Trier)

Hauptgeschäftsführerin



Dr. Helena Melnikov

Hauptgeschäftsführerin der
Deutschen Industrie- und
Handelskammer



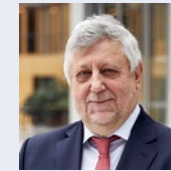
Geschäftsführendes DIHK-Präsidium (v.l.n.r.):
Klaus-Hinrich Vater, Kirsten Schoder-Steinmüller, Peter Adrian, Ralf Stoffels, Helena Melnikov, Klaus Olbricht

Vizepräsidentin und Vizepräsidenten



Kirsten Schoder-Steinmüller

Präsidentin der IHK Offenbach am Main
und Präsidentin des HIHK
(Geschäftsführerin der Schoder GmbH,
Langen)



Klaus Olbricht

Präsident der IHK Magdeburg
(Geschäftsführer der Elektromotoren und
Gerätebau Barleben GmbH, Barleben)



Ralf Stoffels

Präsident der Südwestfälischen IHK zu Hagen
und Präsident von IHK NRW
(Geschäftsführender Gesellschafter
der BIW Isolierstoffe GmbH, Ennepetal)



Klaus-Hinrich Vater

Vizepräsident der IHK zu Kiel
(Geschäftsführer der Vater Holding
GmbH, Schwentinental)

Mitglieder des DIHK-Präsidiums



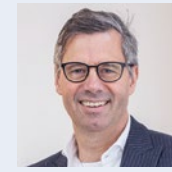
Prof. Norbert Aust

Präses der HK Hamburg
(Geschäftsführer der ABH Besucherhaus
GmbH PIERDREI Hotel Hafencity Hamburg,
Hamburg)



André Grobien

Präses der HK Bremen – IHK für Bremen
und Bremerhaven
(Geschäftsführender Gesellschafter der
Lampe & Schwartze KG, Bremen)



Tobias Hoffmann

Präsident der IHK Braunschweig
(Geschäftsführender Gesellschafter
der Hoffmann Maschinen- und
Apparatebau GmbH, Lengede)



Ulrich Caspar

Präsident der IHK Frankfurt am Main
(Mehrheitsgesellschafter und Prokurist der
Econo consultations Immobilien-und
Unternehmensberatungsgesellschaft mbH,
Frankfurt am Main)



Stefan Hagen

Präsident der IHK Bonn/Rhein-Sieg
(Geschäftsführer der Hagen Consulting &
Training GmbH, Siegburg)



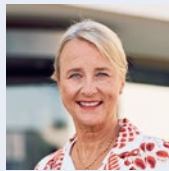
Max Jankowsky

Präsident der IHK Chemnitz
(Geschäftsführer der GL Gießerei
Löbnitz GmbH, Löbnitz)



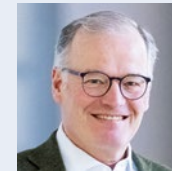
Désirée Derin-Holzapfel

Präsidentin der IHK Kassel-Marburg
(Geschäftsführerin der friedola 1888 GmbH,
Meinhard-Frieda)



Birgit Hakenjos

Präsidentin der IHK Schwarzwald-Baar-
Heuberg
(Inhaberin HaCou Hakenjos Counsel e.K.,
Villingen-Schwenningen)



Axel Kloth

Vizepräses der HK Hamburg
(Geschäftsführer der DVG Immo-
bilien Verwaltungs GmbH, Hamburg)



Dr. Hanno Dornseifer

Präsident der IHK Saarland
(Mitglied des Vorstandes der VSE AG,
Saarbrücken)



Krister Hennige

Präsident der IHK Neubrandenburg für
das östliche Mecklenburg-Vorpommern
(Geschäftsführer der VINETA Hotels GmbH,
Zempin)



Franziska Leupelt

Präsidentin der IHK zu Flensburg
(Vorständin der Druckhaus Leupelt
AG, Handewitt)



Dr. Andreas Engel

Präsident der IHK zu Coburg
(Geschäftsführender Gesellschafter der
Leise GmbH & Co. KG, Coburg)



Torsten Herrmann

Präsident der IHK Südthüringen
(Geschäftsführender Gesellschafter
der Hehnke GmbH & Co. KG, Steinbach-
Hallenberg)



Prof. Klaus Josef Lutz

Präsident der IHK für München
und Oberbayern
(Geschäftsführer der Mount
Wellington Beteiligungsgesellschaft
mbH, Dietramszell)

Mitglieder des DIHK-Präsidioms



Gerhard Oppermann

Präsident der IHK Hannover
(Vorstandsmitglied der Hannoversche Volksbank eG, Hannover)



Sebastian Stietzel

Präsident der IHK zu Berlin
(Geschäftsführer der MARKTFLAGGE GmbH, Berlin)



Dr. Marcus Walden

Präsident der IHK für Rheinhessen
(Vorstandsvorsitzender der Rheinhessen Sparkasse, Mainz)



Claus Paal

Präsident der IHK Region Stuttgart
(Geschäftsführender Gesellschafter der A+V Automation und Verpackungstechnik GmbH, Schorndorf)



Susanne Szczesny-Obing

Präsidentin der IHK Koblenz
(Senior Advisor der EWM GmbH, Mündersbach)



Jens Warnken

Präsident der IHK Cottbus
(Prokurist der BÜHR Anlagenbau & Service GmbH, Wildau)



Dr. Jan Stefan Roell

Präsident der IHK Ulm
(Geschäftsführer RoellPartners GmbH, Ulm)



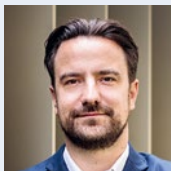
Elmar te Neues

Präsident der IHK Mittlerer Niederrhein Krefeld-Mönchengladbach-Neuss
(Geschäftsführender Gesellschafter der J. Finck GmbH & Co. KG, Krefeld)



Dr. Heike Wenzel

Präsidentin der IHK Aschaffenburg
(Geschäftsführerin der WENZEL Messtechnik GmbH, Heigenbrücken)



Robert Rückel

Vizepräsident der IHK zu Berlin
(Geschäftsführer der Deutsche Spionage Museum DSM GmbH, Berlin)



Dr. Michael Waasner

Präsident der IHK für Oberfranken Bayreuth
(Geschäftsführer der Gebr. Waasner Elektrotechnische Fabrik GmbH, Forchheim)



Manfred Schnabel

Präsident der IHK Rhein-Neckar
(Geschäftsführender Gesellschafter der Expert Esch Gesellschaft mbH, Mannheim)



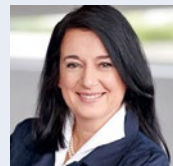
Jörn Wahl-Schwentker

Präsident der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld
(Geschäftsführender Gesellschafter der Wahl GmbH & Co. KG, Bielefeld)

DIHK-Ausschussvorsitzende | Wahlperiode 2023 – 2026



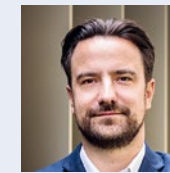
Bernd Behrens
Vorsitzender des
Handelsausschusses



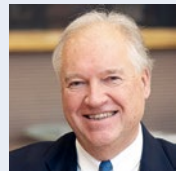
Gabriele Fink
Vorsitzende des
Ausschusses für
Kommunikation, Medien
und Kreativwirtschaft



Götz Kaßmann
Vorsitzender des
Rechtsausschusses



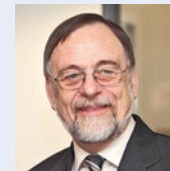
Robert Rückel
Vorsitzender des
Tourismusausschusses



Ulrich Caspar
Vorsitzender des
Ausschusses für Bau-
und Immobilienwirtschaft



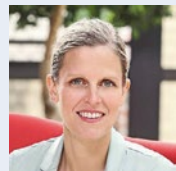
Dr. Christof Günther
Vorsitzender des
Ausschusses für
Umwelt und Energie



Dr. Peter Kulitz
Vorsitzender des
Außenwirtschafts-
ausschusses



Manfred Schultheis
Vorsitzender des
Mittelstandsausschusses



Swaantje Creusen
Vorsitzende des
Bildungsausschusses



Knut Hansen
Vorsitzender des
Haushaltsausschusses



Dr. Karin Overlack
Ausschussvorsitzende für
Gesundheitswirtschaft



Susanne Szczesny-Oßing
Vorsitzende des
Ausschusses für
Industrie und Forschung



Georg Dettendorfer
Vorsitzender des
Verkehrsausschusses



Ralf Herbener
Vorsitzender des
Finanz- und Steuer-
ausschusses



Nancy Plaßmann
Vorsitzende des
Geld- und Kredit-
ausschusses



Torsten Wunderlich
Vorsitzender des
Ausschusses für
Informations- und
Kommunikationstechnologie

Jahresbericht 2025

Deutsche Industrie- und Handelskammer

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

 **Gemeinsam Besseres Schaffen – jetzt!**



DIHK-Jahresbericht 2025 – Inhalt

Vorwort	5
Fachkräftesicherung	7
Wirtschafts- und Mittelstandspolitik	19
Steuer- und Finanzpolitik	29
Digitalisierung	33
Internationales	37
Recht	53
Energie, Umwelt, Klima	57
Europa	65
Wirtschaftsjunioren Deutschland	71
Kampagnen und Aktionen	73
DIHK-Finzen 2025	78
Impressum	83



DIHK-Präsident Peter Adrian und DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov bei der DIHK-Vollversammlung im November 2025

Liebe Leserin, lieber Leser,

2025 war für die deutsche Wirtschaft ein Jahr der Zäsuren und der Weichenstellungen. International führte der Amtsantritt von Donald Trump zu einem spürbaren Kurswechsel in der Handelspolitik. In Deutschland brachte die Neuwahl eine Bundesregierung hervor, die sich erst den wirtschaftlichen Aufschwung bis zur Sommerpause und dann den Herbst der Reformen vorgenommen hatte.

Auf beides warteten die Unternehmen vergeblich. Die wirtschaftliche Lage blieb angespannt und die deutsche Wirtschaft steckt weiter in einer Krise, die tiefer und länger wirkt, als viele es wahrhaben wollen. Die DIHK-Konjunkturumfragen zeichnen ein ernüchterndes Bild: Investitionen erfolgen überwiegend in Ersatz und Kostensenkung, die Inlandsnachfrage bleibt verhalten und die Verunsicherung ist hoch. So viele Betriebe wie seit Jahren nicht mehr bewerteten ihre Lage als schwierig, die Erwartungen sind überwiegend gedämpft. Für das Gesamtjahr ist mit mehr als 23.000 Insolvenzen zu rechnen.

Vor diesem Hintergrund haben wir wirtschaftspolitische Entscheidungen besonders aufmerksam begleitet. Das Bild ist ambivalent. Negativ wirkt, dass die angekündigte Senkung der Stromsteuer nicht flächendeckend umgesetzt wurde und Entlastungen bei den stark gestiegenen Energie- und Arbeitskosten ausblieben – mehr als die Hälfte der Unternehmen stuften diese als zentrale Geschäftsrisiken ein. Positiv zu verbuchen sind das verabschiedete Investitions-Sofortprogramm mit beschleunigten Abschreibungen sowie Impulse der Modernisierungsagenda: Verwaltungsprozesse sollten mit

verbindlichem Zeitplan digitaler, einfacher und verlässlicher werden, die Bürokratiekosten um 25 Prozent sinken.

Breite Resonanz fand die von der DIHK beauftragte Studie „Plan B“. Sie hat eine notwendige Debatte über einen realistischeren, marktwirtschaftlicheren Kurs in der Energiepolitik angestoßen und Wege aufgezeigt, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wettbewerbsfähigkeit besser auszubalancieren. Die teils kontroversen Reaktionen unterstreichen den hohen Diskussionsbedarf und wie wichtig es bleibt, wirtschaftliche Folgen politischer Weichenstellungen von Beginn an mitzudenken.

Dieser Jahresbericht dokumentiert ein Jahr zwischen Aufbruch und Ernüchterung. Er zeigt Fortschritte und Erkenntnisse ebenso wie den klaren Handlungsbedarf. Die Unternehmen sind bereit zu investieren und Verantwortung zu übernehmen. Dafür benötigen sie verlässliche Rahmenbedingungen, schnellere Verfahren und eine Politik, die Vertrauen schenkt und Wachstum ermöglicht. Für diese Voraussetzungen treten wir entschlossen ein, dann gelingt der Neustart.



Peter Adrian
Präsident



Helena Melnikov
Hauptgeschäftsführerin

Deutschlands beste Azubis mit DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov, Bundesbildungsministerin Karin Prien, der Vorsitzenden des DIHK-Bildungsausschusses Swaantje Creussen und DIHK-Präsident Peter Adrian (v.l.n.r.)



Fachkräftesicherung

Die Verfügbarkeit von Arbeits- und Fachkräften bleibt trotz der anhaltenden wirtschaftlichen Schwäche eine der größten Herausforderungen für die Unternehmen in Deutschland. Um dem zu begegnen, müssen alle Erwerbspotenziale konsequent genutzt werden. Die DIHK hat sich im vergangenen Jahr aktiv in politische Prozesse eingebracht, unter anderem mit Stellungnahmen zum Rentenpaket und zur Aktivrente. Ziel ist es, die Beschäftigung älterer Menschen zu verbessern und bürokratische Hürden abzubauen. Auch im jährlichen DIHK-Fachkräftebericht stand die Beschäftigung Älterer im Fokus, ebenso wie geeignete Maßnahmen zur Steigerung ihrer Erwerbstätigkeit. Darüber hinaus setzt sich die DIHK dafür ein, die Potenziale von Menschen mit geringer formaler Qualifikation besser zu erschließen. Dazu gehören insbesondere die stärkere Nutzung von Teilqualifikationen sowie die Einführung beruflicher Validierungsverfahren, die seit Beginn des Jahres 2025 zu den gesetzlichen Aufgaben der IHKs zählen. Gemeinsam mit den IHKs hat die DIHK beschlossen, die bundesweite Azubi-Kampagne fortzuführen. In Zusammenarbeit mit den Betrieben, der Bundesregierung und den Partnern der Allianz für Aus- und Weiterbildung wird weiterhin für die Berufliche Bildung geworben. Zudem hat sich die DIHK intensiv für eine Beschleunigung und Digitalisierung der Verfahren zur Fachkräfteeinwanderung eingesetzt.

Koalitionsvertrag setzt auf Stärkung der Beruflichen Bildung

Die DIHK hat durch ihre politische Arbeit erreicht, dass mehrere Maßnahmen zur Förderung der Beruflichen Bildung im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung verankert wurden. Darin wird die Aus- und Weiterbildung als Aushängeschild Deutschlands hervorgehoben. Geplant sind eine stärkere Berufsorientierung, der Ausbau von Jugendberufsagenturen und die Förderung von Teilqualifikationen. Außerdem sollen ein Validierungszusatz für berufliche



DIHK-Präsident Peter Adrian (l.) im Austausch mit den Azubis der Berliner Wasserbetriebe sowie Elke Hannack, stellv. Bundesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (r.), und den Politikerinnen Franziska Giffey, Berliner Wirtschaftsministerin (3.v.l.), Katherina Reiche, Bundeswirtschaftsministerin (5.v.l.), Karin Prien, Bundesbildungsministerin (6.v.r.), und Bärbel Bas, Bundesarbeitsministerin (3.v.r.)

Feststellungsverfahren eingeführt, der Deutsche Qualifikationsrahmen (DQR) als Transparenzinstrument gestärkt und Verbesserungen beim Aufstiegs-BAföG umgesetzt werden.

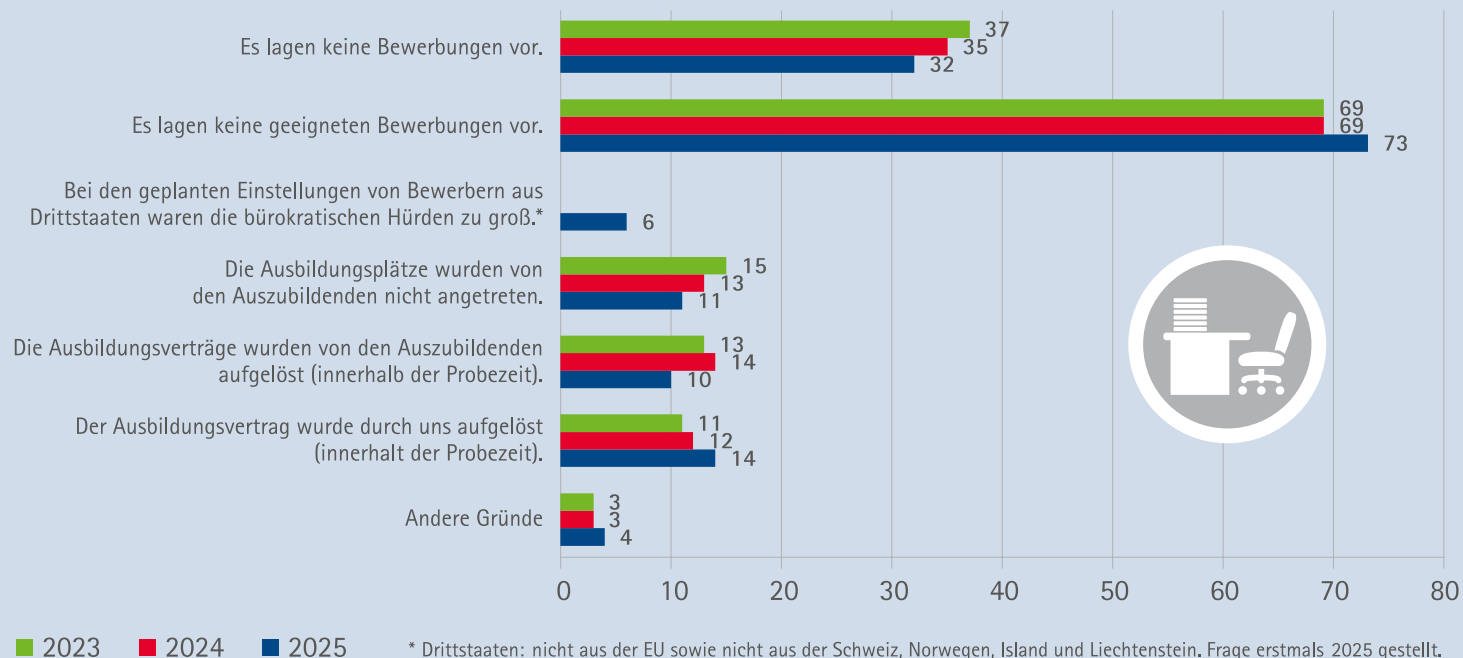
Allianz für Aus- und Weiterbildung zieht Zwischenbilanz

Die 2023 geschlossene Allianz hat sich auch im Jahr 2025 intensiv für die Stärkung der dualen Ausbildung eingesetzt.

Bei einem Spitzentreffen im November zogen DIHK-Präsident Peter Adrian als Sprecher der Wirtschaft und die Partner eine Zwischenbilanz. Die Allianz hat wichtige Herausforderungen gemeistert: Sie hat ein Netzwerk von Ausbildungsbotschaftern aufgebaut und Positionen zur Förderung von Grund- und Berufswahlkompetenzen sowie zur Stärkung der Jugendberufsagenturen erarbeitet. Zudem gaben die Partner einen Ausblick auf die nächste Vereinbarung, die im kommenden Jahr geschlossen werden soll. Im Rahmen

Gründe für die Nichtbesetzung von Ausbildungsplätzen bei Betrieben mit Besetzungsschwierigkeiten

(Angaben der Betriebe, die nicht alle Plätze besetzen konnten, in Prozent; Mehrfachantworten möglich)



Die DIHK-Ausbildungsumfrage 2025 zeigt: Viele Unternehmen finden keine geeigneten Bewerber, jeder vierte Betrieb reduziert sein Ausbildungsangebot. Sogar 32 Prozent dieser Betriebe meldeten – erstmals seit Jahren rückläufig – keine einzige Bewerbung. Nicht nur fehlen Bewerber – es mangelt zunehmend an geeigneten Bewerbern

des traditionellen „Sommer der Berufsausbildung“, der mit zahlreichen Aktionen Jugendliche, Eltern und Betriebe für die Chancen einer Ausbildung sensibilisiert, veranstalteten DIHK und BDA gemeinsam das Webinar „Für MINT-Ausbildung begeistern und Fachkräfte sichern“.

DIHK-Ausbildungsumfrage verdeutlicht Herausforderungen

Die im August unter großer Medienresonanz veröffentlichte DIHK-Ausbildungsumfrage 2025 stellt die Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt dar, zeigt aber auch

Potenziale durch Innovationen und Auszubildende aus Drittstaaten auf. Seitens der Unternehmen besteht weiter ein hohes Ausbildungsengagement, allerdings leiden die Ausbildungsbetriebe unter der wirtschaftlichen Lage – zusätzlich zum bestehenden Mangel an geeigneten Bewerbern. Trotz Wirtschaftskrise und damit sinkendem Angebot an Arbeitsplätzen hat fast jeder zweite Betrieb Besetzungsschwierigkeiten. Insgesamt geben drei von vier Betrieben an, im vergangenen Jahr keine geeigneten Kandidaten für eine Ausbildung gefunden zu haben. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen erhalten weiterhin häufig gar keine Bewerbungen.

Pakt für berufliche Schulen beendet ersten Arbeitszyklus

Mit der Verabschiedung von Handlungsempfehlungen zur Sprach- und Demokratiebildung an beruflichen Schulen sowie den Fachtagungen zu diesen Themen wurde der erste Arbeitszyklus 2025 abgeschlossen. Zudem diskutierten die Partner ein Strukturpapier sowie eine Roadmap für den zweiten Arbeitszyklus, der sich mit der Weiterentwicklung von Schul- und Unterrichtskonzepten unter Einsatz von Digitalisierung und KI beschäftigt. Die DIHK hat die Bedeutung der Vollzeit-Berufsschulen unterstrichen und



Svenja Henrike Magerl, Holzmechanikerin, im Gespräch mit DIHK-Präsident Peter Adrian

deutlich gemacht, dass Schulangebote im ländlichen Raum unverzichtbar sind.

Bundesbeste Azubis geehrt

Zum 20. Mal zeichnete die DIHK Anfang Dezember die bundesbesten IHK-Auszubildenden in Berlin aus. Unter rund 250.000 Absolventinnen und Absolventen der IHK-Abschlussprüfungen 2025 konnten sich 211 junge Menschen in 201 Ausbildungsberufen durchsetzen. Bundesbildungsministerin Karin Prien, DIHK-Präsident Peter Adrian und Swaantje Creusen, Vorsitzende des DIHK-Bildungsausschusses, gratulierten den Preisträgern und dankten den Ausbildungsbetrieben für ihr außerordentliches Engagement. Rund 1.000 Gäste, darunter Angehörige, Vertreter der Ausbildungsbetriebe sowie aus den IHKs Präsidentinnen und Präsidenten sowie Hauptgeschäftsführerinnen und Hauptgeschäftsführer nahmen an der Feier in Berlin teil. Durch die Veranstaltung führte Moderator Thore Schölermann.



Moderator Thore Schölermann spricht mit den Besten über ihre Ausbildung

Digitales Prüfen geht in die nächste Phase

Der Lenkungskreis „Digitales Prüfen“ und das DIHK-Projektteam haben im Laufe des Jahres einen detaillierten Projektplan sowie ein passendes Plattformmodell entwickelt. Dafür haben sie zentrale Funktionen identifiziert, den Markt erkundet und eine Kostenschätzung erstellt sowie ein Betriebsmodell abgestimmt. Sowohl die HGF-Konferenz als auch die DIHK-Vollversammlung haben der geplanten Beschaffung zugestimmt und damit den Weg für die nächste Umsetzungsphase geebnet.

Feststellungsverfahren eröffnen Chancen für Fachkräfte

Seit dem 1. Januar 2025 können die Industrie- und Handelskammern Menschen ohne formalen Abschluss, die jedoch umfangreiche praktische Erfahrung im Betrieb gesammelt haben, ihre beruflichen Kompetenzen bescheinigen – jeweils bezogen auf einen anerkannten Ausbildungsberuf. Mit diesen Feststellungsverfahren nach dem Berufsbildungsgesetz werden bislang ungenutzte Fachkräftepotenziale erschlossen. Der bundesweite Roll-out des neuen Angebots ist gemeinsam mit den IHKs erfolgreich gestartet. Das erste Verfahren fand im Februar bei der IHK Rhein-Neckar statt, mit dem Referenzberuf Koch.

Nationale Weiterbildungsstrategie startet in Phase drei

Die Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS) ist in ihre dritte Phase gestartet – erneut unter der Federführung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) und des neu benannten Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMBFSFJ). Nach der Bundestagswahl im Februar und dem damit verbundenen Regierungswechsel im Mai erfolgte im Frühjahr der Übergang in die neue Periode. Im Mittelpunkt standen die Weiterbildung von Personen ohne Berufsabschluss, die Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten im Strukturwandel sowie die Nutzung der Chancen der Digitalisierung einschließlich

Künstlicher Intelligenz. Ende November fand dazu die zweite Nationale Weiterbildungskonferenz in Berlin statt – mit Beteiligung von DIHK und den IHKs.

Duale Berufsausbildung weltweit stärken

Unternehmen, die Fachkräfte im Ausland nach deutschen Standards aus- und weiterbilden möchten, erhalten dabei umfassende Unterstützung. Mit diesem Ziel engagieren sich die AHKs, die IHKs sowie der DIHK gemeinsam für die duale berufliche Bildung im Ausland. Ein AHK-Berufsbildungszertifikat der Kategorie A kann ausländischen Fachkräften sogar als Brücke für eine Beschäftigung in Deutschland dienen. Das Bundesinstitut für Berufsbildung bestätigt, dass dieser Abschluss den Anforderungen des Berufsbildungsgesetzes entspricht. Die aktuelle „Positivliste“ umfasst acht AHK-Standorte und zwölf Berufsbilder.

Teilqualifikationen öffnen den Weg zum Berufsabschluss

Die IHK-Organisation setzt sich weiterhin dafür ein, berufliche Abschlüsse über Teilqualifikationen zu ermöglichen und zu fördern. Das Projekt „CHANCEN NUTZEN! Mit Teilqualifikationen Richtung Berufsabschluss“ der DIHK Service GmbH konzentrierte sich 2025 vor allem darauf, Unternehmen über verschiedene Kommunikationskanäle anzusprechen. Eine neue Idee ist, zu prüfen, ob und in welchem Umfang Teilqualifikationen in den Grundwehrdienst integriert werden können, um die Anschlussfähigkeit an die Wirtschaft zu stärken.

Fernunterrichtsschutzgesetz wird modernisiert

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Überarbeitung des Fernunterrichtsschutzgesetzes (FernUSG) hat durch ein Urteil des Bundesgerichtshofs vom 12. Juni 2025 zusätzlichen Schwung bekommen. Das Gericht verpflichtet viele Formate der Online-Lehre zur Zulassung durch die Staatliche Zentralstelle für Fernunterricht (ZFU). Die veralteten Regelungen des FernUSG führen zu erheblichem bürokratischem Aufwand

und großer Unsicherheit bei Bildungsanbietern. Deshalb hat die DIHK auf Basis von Rückmeldungen der IHKs ein Ideenpapier zur Modernisierung des FernUSG erarbeitet.

Zukunft des Erasmus+-Programms

Die Europäische Kommission hat im Juli einen Vorschlag zur Weiterentwicklung des Programms Erasmus+ ab 2028 veröffentlicht. Die DIHK hat dazu frühzeitig eine Stellungnahme abgegeben, die den Vorschlag aus Sicht der beruflichen Bildung bewertet. Dabei wurden auch die Erfahrungen aus dem Netzwerk „Berufsbildung ohne Grenzen“ berücksichtigt, dessen Mobilitätsberater Auszubildende bei Auslandsaufenthalten unterstützen.

Modernisierung von Ausbildungsberufen erfolgreich mitgestaltet

In diesem Jahr begann die inhaltliche Modernisierung für die Berufe Technische Modellbauer, Fachangestellte für Medien- und Informationsdienste sowie Veranstaltungskaufleute. Gleichzeitig wurde die Aktualisierung der Bau-Ausbildungsberufe, der Bautechnischen Konstrukteure, der Verfahrensmechaniker Glastechnik und der Kaufleute für Mobilität und Verkehrsservice erfolgreich abgeschlossen. Die neuen Ausbildungsordnungen treten am 1. August 2026 in Kraft. Ihre Einführung wird durch zahlreiche überregionale und regionale Informationsveranstaltungen begleitet.

Neue Weiterbildungsprofile am Start

Um die wachsende Nachfrage der Unternehmen nach qualifizierten Fach- und Führungskräften zu decken, haben die DIHK und die IHKs zahlreiche Fortbildungsnovellen angestoßen. Dazu gehören unter anderem die Metall- und Elektrofortbildung mit den bewährten Industriemeister-Abschlüssen sowie neue Branchenqualifizierungen für Banken und Finanzberatung. Zusätzlich wurden neue IHK-Fortbildungen entwickelt, die Qualifikationsbedarfe für vernetzte Industrieprozesse und den Einsatz künstlicher Intelligenz abdecken. Ein Beispiel ist der neue Abschluss „KI-Spezialist (IHK)“.

Sozialstaat zukunftsfähig gestalten

Die DIHK hat erreicht, dass zentrale Forderungen zur Ausgestaltung der Grundsicherung im Koalitionsvertrag und einem Gesetzentwurf der Bundesregierung berücksichtigt wurden. Ziel der Reformvorschläge, die die IHK-Organisation in einem Positionspapier erarbeitet hat, ist es, das Prinzip „Fördern und Fordern“ zu stärken und die Arbeitsanreize zu erhöhen. Diese konstruktiven Vorschläge hat die DIHK zudem in einem Stakeholder-Gespräch erfolgreich in der Sozialstaatskommission des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales präsentiert. Auch in der Debatte um die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung setzt sich die DIHK für eine nachhaltige Lösung ein. Anstatt Betriebe und Beitragszahler durch stark steigende Ausgaben zu belasten, sollten Maßnahmen zur Stabilisierung ergriffen werden – etwa die Abschaffung der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren.

Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte erleichtern

Die Bundesregierung plant, den Prozess der Fachkräftezuwanderung mit einer Work-and-Stay-Agentur (WSA) zu vereinfachen, zu digitalisieren und zu beschleunigen. Die DIHK hat gemeinsam mit den IHKs frühzeitig konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung dieser Agentur erarbeitet und mit allen relevanten politischen Akteuren diskutiert. Ein Eckpunkte-papier der Bundesregierung enthält zentrale Empfehlungen der DIHK. Die DIHK wird den weiteren Umsetzungsprozess konstruktiv begleiten und dabei insbesondere für eine enge Zusammenarbeit zwischen der WSA und den vielfältigen IHK-Angeboten vor Ort plädieren. Darüber hinaus setzt sich die DIHK in Gesprächen mit Ministerien und anderen politischen Ansprechpartnern dafür ein, dass Drittstaatsangehörige nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss reibungslos in Beschäftigung übergehen können.

Einwanderung und Integration: Kooperation für bessere Prozesse

Am Rande der AHK-Weltkonferenz haben DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov und der Generalsekretär



Intensive Diskussion im DIHK-Bildungsausschuss mit Petra Bahr, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2.v.l.), über neue Vorhaben des neu formierten und besetzten Ministeriums. Das Themenspektrum des DIHK-Bildungsausschusses reichte von Ausbildungsmarketing der Unternehmen, Berufsorientierung von Jugendlichen, Bildung in der digitalen Welt bis GenZ/GenAlpha in der Aus- und Weiterbildung

des Goethe-Instituts Johannes Ebert eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet. Sie vertieft die bereits langjährige Zusammenarbeit beider Organisationen. Ein Schwerpunkt ist die gezielte Beratung und sprachliche Vorbereitung junger Menschen in Drittstaaten, die eine Ausbildung in Deutschland anstreben. Nachdem 2024 Berichte über hohe Vermittlungsgebühren und unzureichende Sprachkenntnisse bei Auszubildenden aus Vietnam in der Gastronomie veröffentlicht wurden, hat die DIHK gemeinsam mit den

IHKs, der AHK Vietnam, dem Auswärtigen Amt und dem Goethe-Institut Maßnahmen ergriffen, um Fehlentwicklungen zu verhindern und konstruktive Lösungen zu entwickeln.

Fachkräftesicherung bleibt im Fokus

Der jährliche DIHK-Fachkräftebericht analysiert die Herausforderungen der Unternehmen bei der Stellenbesetzung und



Dialog für ein krisenfestes und innovatives Gesundheitswesen: Generalstabsarzt Michael Zallet, Kommandeur Klinische Versorgung, Sandra Hartig, Bereichsleiterin Gesundheitswirtschaft, Beschäftigung, Organisationsentwicklung DIHK, Tino Sorge, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Gesundheit, Karin Overlack, Vorsitzende des DIHK-Ausschusses für Gesundheitswirtschaft und Geschäftsführerin des Herz- und Diabeteszentrums Nordrhein-Westfalen, Stefan Schaller, stellv. Vorsitzender des DIHK-Ausschusses für Gesundheitswirtschaft und Head of Central Western Europe Siemens Healthineers (v. l. n. r.)

dient als wichtige Grundlage für die Politikberatung. Der aktuelle Report zeigt: Trotz sinkender Personalnachfrage infolge der wirtschaftlichen Schwäche bleiben Fachkräftengpässe akut – und werden auch künftig relevant sein. Die IHK-Organisation setzt sich dafür ein, dass die Fachkräftesicherung weiterhin ganz oben auf der politischen Agenda steht. Ein zentraler Ansatzpunkt ist die stärkere Beschäftigung älterer

Menschen, worauf der Report detailliert eingeht. Auch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen ist entscheidend, da insbesondere Mütter oft in Teilzeit arbeiten. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch für selbstständige Frauen, ist daher ein wichtiges Ziel. Die DIHK bringt hierzu kontinuierlich Vorschläge aus Sicht der Betriebe in die politische Diskussion ein.

Gesundheitswirtschaft 2025: Dialog für ein krisenfestes und innovatives System

Das Jahr 2025 war geprägt von intensivem Austausch zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft, um ein widerstandsfähiges und zukunftsorientiertes Gesundheitswesen zu gestalten. In den Sitzungen des DIHK-Gesundheitsausschusses standen Themen wie die Digitalisierung in der Gesundheitsforschung, die Chancen des Pflegestudiumstärkungsgesetzes, die Versorgung mit Hilfsmitteln sowie Herausforderungen der Medizintechnik im Mittelpunkt. Ein weiterer Schwerpunkt war die Resilienz des Gesundheitssystems in Krisen – ein Thema, das angesichts geopolitischer Spannungen an Bedeutung gewinnt. Dazu fand ein Austausch mit Generalstabsarzt Michael Zallet statt, um Schnittstellen zwischen ziviler Versorgung und militärischer Notfallplanung zu analysieren. Besonders hervorzuheben ist der Dialog mit Vertreterinnen und Vertretern des Gesundheitsausschusses des Bundestags unter Vorsitz von Tanja Machalet, MdB. Ein weiterer Höhepunkt war das Gespräch mit Tino Sorge, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, der wertvolle Einblicke in die gesundheitspolitische Agenda gab.

Mehr Rechtssicherheit für Selbstständige

Selbstständige und Unternehmen sehen sich aufgrund der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts (BSG), die eine selbstständige Tätigkeit zunehmend verneint, Nachforderungen von Beiträgen zur Sozialversicherung ausgesetzt und in ihrer Existenz gefährdet. Der Koalitionsvertrag sieht eine Reform des Statusfeststellungsverfahrens vor. In Gesprächen mit politischen Entscheidungsträgern zum Thema Scheinselbstständigkeit hat sich die DIHK für die Interessen von Selbstständigen und Auftraggebern eingesetzt und mehr Praxisnähe eingefordert. Zusammen mit Kollegen der IHKs haben wir Ideen für eine Definition sowie für eine Vermutungsregelung von selbstständiger Tätigkeit und damit für mehr Rechtssicherheit von Selbstständigen und Auftraggebern erarbeitet.

Zehn Jahre Business Women IHK – Starke Impulse für die Wirtschaft

Der 10. DIHK-Netzwerktag der Business Women IHK im September in München war ein Meilenstein: Rund 300 ehrenamtlich in den IHKS engagierte Unternehmerinnen aus ganz Deutschland kamen zusammen, um die Rolle von Frauen in der Wirtschaft sichtbar zu machen und gemeinsam Wege aus der Rezession zu diskutieren. DIHK-Vizepräsidentin und Schirmherrin des Netzwerks Kirsten Schoder-Steinmüller betonte, dass Deutschland für seine Wettbewerbsfähigkeit die Innovationskraft von Unternehmerinnen brauche – in Gründung, Nachfolge und Führung.

Auch Gastgeberin Ingrid Obermeier-Osl, Vizepräsidentin der IHK München, hob hervor, wie wichtig Vernetzung sei: Unternehmerinnen – vom Einzelbetrieb bis zum Global Player – kämen in Netzwerken zusammen, entwickelten Ideen, motivierten sich gegenseitig und brächten Themen voran. Mit Vorbildern und Angeboten wie dem bundesweiten Netzwerktag trage die IHK-Organisation wesentlich dazu bei, das weibliche Unternehmertum zu stärken.

Neben inspirierenden Keynotes – unter anderem von Ilse Aigner, Präsidentin des Bayerischen Landtags – standen praxisnahe Themen im Fokus, wie „Künstliche Intelligenz – Future Trends & Future Skills“. Die zentrale Botschaft lautete, dass Transformation und Digitalisierung Chancen seien, die Unternehmerinnen aktiv gestalten.

DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov bringt es auf den Punkt: „Die Krise hat kein Geschlecht – Frauen sind bereit für den Aufschwung“





Bundesbildungsministerin Karin Prien und DIHK-Präsident Peter Adrian gratulieren dem 9.000. Mitglied beim Unternehmenstag „Erfolgsfaktor Familie“: Nina Mielke, Messe München GmbH

Mehr ist möglich: Wie Wirtschaft von Vereinbarkeit profitieren kann

Beim Unternehmenstag mit dem Motto „Mehr ist möglich: Wie Wirtschaft von Vereinbarkeit profitieren kann“ rückte das Netzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ erneut die Bedeutung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in den Mittelpunkt. Im Rahmen der Veranstaltung diskutierten Bundesministerin Karin Prien, DIHK-Präsident Peter Adrian und David Juncke, Experte für Familienpolitik der Prognos

AG, darüber, welchen Beitrag gute Vereinbarkeit für die Fachkräftesicherung und den wirtschaftlichen Erfolg von Betrieben leistet. Zentrales Element des Unternehmenstags war die Vorstellung einer neuen Expertise der Prognos AG zur Arbeitszeiterweiterung von Müttern. Die Analyse zeigt deutlich, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind, damit Mütter ihre Arbeitszeit ausweiten können – und wie Unternehmen dadurch langfristig Fachkräfte gewinnen und binden. Zudem begrüßte das Netzwerk sein 9.000. Mitglied.

Familienbewusste Führung als Schlüssel für Vereinbarkeit

Wie können Führungskräfte den Anforderungen zwischen wirtschaftlichen Zielvorgaben, den Vereinbarkeitsbedürfnissen ihrer Mitarbeitenden und ihren eigenen Herausforderungen gerecht werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt der virtuellen Multiplikatorenveranstaltung 2025 von „Erfolgsfaktor Familie“. Im Eröffnungstalk diskutierten Almut Enderlein, Leiterin der Abteilung Familie im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, und Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer, über die Schlüsselrolle von Führung für eine gelingende Vereinbarkeit.

Im Fachimpuls und in der Podiumsdiskussion wurde deutlich: Wirtschaftswachstum braucht Vereinbarkeit – und Vereinbarkeit braucht Führung. Führungskräfte prägen die Vereinbarkeitskultur maßgeblich durch Klarheit, Authentizität, Empathie und wertschätzende Kommunikation. Die Veranstaltung bot praxisnahe Anregungen, wie Führung im Spannungsfeld von Wirtschaftlichkeit und Vereinbarkeit gestaltet werden kann.

„Hand in Hand for International Talents“ wächst weiter

Das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) geförderte Pilotprojekt „Hand in Hand for International Talents“ unterstützt inzwischen Unternehmen in 22 IHK-Regionen bei der Rekrutierung internationaler Fachkräfte. Ziel ist es, in der Praxis zu erproben, wie die Gewinnung und Integration ausländischer Fachkräfte erfolgreich gelingen kann.

Im Jahr 2025 lag der Fokus besonders auf fairen Rekrutierungsprozessen – ein wichtiges Thema, da es zunehmend unseriöse Anbieter gibt. Als Orientierungshilfe hat das Projekt gemeinsam mit dem Goethe-Institut und der Fachkräfteplattform der Bundesregierung „Make it in Germany“ eine Checkliste entwickelt, die Unternehmen klare Leitlinien bietet.



Über die Chancen der Auslandsrekrutierung für Unternehmen sprach Staatssekretär Jochen Schulte (r.) aus dem Wirtschaftsministerium Mecklenburg-Vorpommern mit Klaus-Jürgen Strupp, Präsident der IHK zu Rostock, Katharina Hahn, Projektkoordinatorin „Hand in Hand for International Talents“, IHK zu Rostock, Claudia Kröger, Arbeitgeber-Service, Agentur für Arbeit Rostock, Anke Diettrich, Vorsitzende der Geschäftsführung, Agentur für Arbeit Rostock, Sofie Geisel, Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH, sowie Melanie Wicht, Hauptgeschäftsführerin der IHK zu Rostock (v.l.n.r.)



Was geht gemeinsam? Stefan Luther, Leiter der Abteilung „Frühe und schulische Bildung, Bildungsforschung“ im Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Sofie Geisel, Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH, und Achim Dercks, stellvertretender DIHK-Hauptgeschäftsführer (v.l.n.r.)

Neu in diesem Jahr sind die „Recruiting Days“: monatliche Online-Kennenlernveranstaltungen, bei denen Unternehmen und internationale Fachkräfte direkt miteinander in Kontakt treten können.

Lokale Bündnisse: Neuausrichtung bringt neue Chancen

Die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familie“ hat 2025 mit der Integration des Themenfeldes Bildung in das Bundesfamilienministerium neue Impulse für die Bündnisarbeit gesetzt. Das Servicebüro unterstützt die rund 320 Bündnisse dabei, Bildung als Schlüssel für gesellschaftliche Teilhabe stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Unter dem Motto „Gemeinsam stark für Bildung und Familie – Lokale Bündnisse schaffen Chancen vor Ort“ wurden praxisnahe Beispiele vorgestellt – von digitaler Teilhabe bis zu Elternbildungsformaten. Ergänzend fanden erfolgreiche Regionalworkshops mit den IHKs Niederrhein, Reutlingen, Hamburg und Potsdam statt. Thema: „Unternehmen in Lokale Bündnisse einbinden“. So bleibt die Initiative ein zentraler Motor für Familienfreundlichkeit und die Attraktivität von Wirtschaftsregionen.

Unternehmensnetzwerk für Fachkräfteeinwanderung und –anerkennung gestartet

Der Zugang zu qualifizierten Fachkräften ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die beim Thema Fachkräfteeinwanderung häufig vor komplexen Herausforderungen stehen. Um hier praxisnahe Unterstützung zu bieten, hat das vom BMBFSFJ geförderte Projekt „Unternehmen Berufsanerkennung“ (UBA) der DIHK Service GmbH im Juni 2025 ein neues Unternehmensnetzwerk ins Leben gerufen: das UBA-Netzwerk für Fachkräfteeinwanderung und Anerkennung.

Es stellt verständlich aufbereitete Informationen, Beratungsangebote und den Erfahrungsaustausch mit anderen Unternehmen bereit und bietet eine Anlaufstelle für alle Fragen rund um das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und

die Berufsanerkennung. Damit schafft das Netzwerk Orientierung und konkrete Lösungen für die Rekrutierung und das Onboarding internationaler Fachkräfte. Das Kick-off-Event im Juni hat eindrucksvoll gezeigt, wie groß der Bedarf an verlässlichen Strukturen ist.

Junges Wohnen relevanter denn je

Immer mehr Unternehmen erkennen, wie wichtig die Unterstützung ihrer Beschäftigten bei der Suche nach Wohnraum ist. Das zeigt sich deutlich in der Veranstaltungsreihe „Beschäftigtenwohnen“, die 2025 gemeinsam mit regionalen IHKs von der DIHK Service GmbH umgesetzt wurde: Wohnraum ist ein entscheidender Faktor für die Gewinnung und Bindung von Auszubildenden sowie von internationalen Arbeits- und Fachkräften.

Gerade in Ballungsgebieten, Speckgürteln, Tourismusregionen und zunehmend auch in ländlichen Räumen sind die Wohnungsmärkte so angespannt, dass mögliche Mitarbeiter wegen fehlender oder für sie nicht finanzierbarer Unterkünfte immer wieder absagen. Für Unternehmen bedeutet das: Wer Wohnraum anbieten kann, verschafft sich einen echten Wettbewerbsvorteil.

Das Thema Azubi-Wohnen ist ein zentraler Baustein des Projekts „Zukunft Beschäftigtenwohnen“. Unternehmen, die hier aktiv werden, leisten nicht nur einen Beitrag zur Fachkräftesicherung, sondern positionieren sich als attraktive Arbeitgeber. Ob durch eigene Mitarbeiterwohnungen, Kooperationen mit Wohnungsbaugesellschaften oder den Erwerb von Belegungsrechten – Unternehmen haben verschiedene Möglichkeiten, aktiv zu werden. Und: Investitionen in Wohnraum können nicht nur die Personalstrategie stärken, sondern auch steuerlich geltend gemacht werden.

Mit „African Skills 4 Germany“ Fachkräfte und Azubis gewinnen

Seit Mitte 2024 unterstützt das Pilotprojekt „African Skills 4 Germany“ (AS4G) die strategische Gewinnung von

Fachkräften und Auszubildenden aus ausgewählten afrikanischen Ländern für den deutschen Arbeitsmarkt. Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) bis Ende 2026, arbeitet AS4G mit elf Auslandshandelskammern in Afrika zusammen.

Vor Ort bereitet das Projekt Kandidatinnen und Kandidaten mit Sprachkursen, interkulturellem Training und administrativen Hilfen gezielt auf ihre Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland vor. So entsteht ein passgenaues Matching zwischen afrikanischen Talenten und deutschen Unternehmen. Seit April 2025 stärkt innerhalb des AHK-Afrikabüros ein Berliner Projektteam die Vernetzung mit deutschen Akteuren.

Anerkennung und Migration aktiv gestalten

2025 setzte das von DIHK und BMBFSFJ geförderte Projekt „ProRecognition – Professional and Vocational Qualifications for Germany“ seine erfolgreiche Arbeit fort. Es etablierte neun AHKs als nachhaltige Anlauf- und Beratungsstellen für Anerkennungs- und Migrationsberatung.

Rund 5.000 internationale Fachkräfte wurden allein in diesem Jahr an den Projektstandorten Ägypten, Algerien, Brasilien, Indien, Kolumbien, Indonesien, Marokko, Philippinen und Türkei zu Anerkennungsverfahren, Zuwanderungstiteln und Vorintegrationsmaßnahmen beraten.

Mehr als 350 dieser Fachkräfte arbeiten inzwischen in Deutschland. Die am stärksten vertretenen Berufsgruppen bei ProRecognition waren Ingenieurinnen/Ingenieure, Ärzte/Ärztinnen, Pflegefachkräfte und Informatikerinnen/Informatiker. Im nächsten Jahr sollen an den Projektstandorten vor allem Fachkräfte aus dem pädagogischen Bereich und migrationsinteressierte Berufskraftfahrer gezielt angesprochen werden.



DIHK-Präsident Peter Adrian und DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov begrüßen Prof. Veronika Grimm, Mitglied der Wirtschaftsweisen, zu einer Diskussion über den Reformbedarf Deutschlands

Wirtschafts- und Mittelstandspolitik

2025 war für die deutsche Wirtschaft erneut ein herausforderndes Jahr. Neben konjunkturellen Belastungen, die die exportorientierte deutsche Wirtschaft infolge geopolitischer Spannungen besonders stark trafen, stand die Wirtschaft vor allem vor anhaltenden strukturellen Schwächen und ungünstigen Standortbedingungen. Der neuen Bundesregierung ist es in diesem Jahr nur teilweise gelungen, grundlegende Reformen umzusetzen und einen spürbaren Stimmungsumschwung in der Wirtschaft zu bewirken. Zwar zielten mehrere Gesetzesinitiativen auf die Überwindung der strukturellen Krise ab, ihre Wirkung ist in den Unternehmen bisher jedoch kaum spürbar.

Positiv sind die Modernisierungsagenda des Bundes sowie die gemeinsame Modernisierungsagenda von Bund und Ländern. Erste Beschleunigungen, wie in der Verteidigungs- und Baupolitik, setzen wichtige Impulse. Gleichzeitig belasten hohe Energiekosten, im internationalen Vergleich hohe Steuerlasten sowie weiterhin umfangreiche Bürokratie die Unternehmen. Auch die geopolitischen Unsicherheiten dämpfen das internationale Geschäft erheblich.

Gerade in dieser Phase nutzte die DIHK den engen Austausch mit den IHKs und den Unternehmen vor Ort, um praxisnahe und wirksame Empfehlungen in die politische Beratung einzubringen. Bundesweite Befragungen wie die DIHK-Konjunkturumfrage sowie die DIHK-Reporte zu Unternehmensgründung und -nachfolge lieferten fundierte Analysen der wirtschaftlichen Lage und konkrete wirtschaftspolitische Handlungsvorschläge. Um die Anliegen der Unternehmerinnen und Unternehmer anschaulich zu vermitteln, brachte die DIHK Unternehmen aller Größen, Regionen und Branchen in verschiedenen Formaten mit Politik und Ministerien zusammen, unter anderem im Rahmen der Ausschusssitzungen „Mittelstand“ und „Geld und Kredit“.



DIHK-Präsident Peter Adrian diskutiert mit Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche über die Chancen für die deutsche Außenwirtschaft im geopolitischen Spannungsfeld

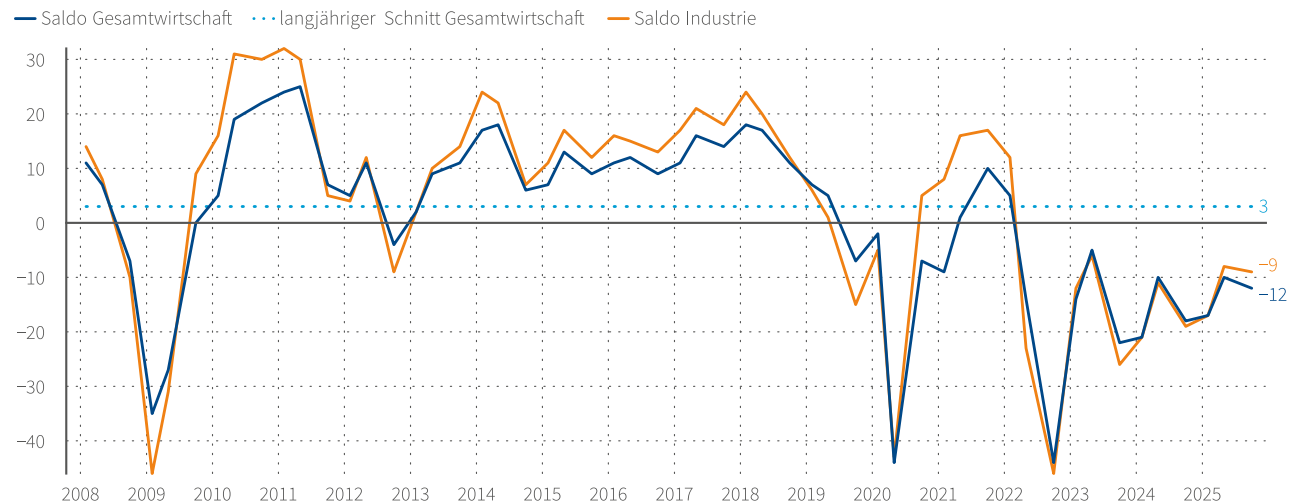
Die Konjunktur im Blick: DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov präsentiert mit dem DIHK-Konjunkturexperten Jupp Zenzen die Ergebnisse der Herbstumfrage. Die deutsche Konjunktur droht zum Dauerpatienten zu werden. Die Betriebe kämpfen mit hohen Kosten für Energie, Personal, Steuern und zusätzlich mit lähmender Bürokratie. Das unsichere außenwirtschaftliche Umfeld und Engpässe bei kritischen Rohstoffen verschärfen die Lage zusätzlich



Deutschlands Wirtschaft – strukturelle Herausforderungen und geopolitische Verwerfungen

Die Lage der Unternehmen in Deutschland blieb 2025 weiter angespannt. Nach einer geringfügigen Aufhellung der Stimmung in der deutschen Wirtschaft im Frühsommer trübten sich die Geschäftserwartungen im Herbst wieder ein. Vom angekündigten „Herbst der Reformen“ war bei den Unternehmen noch nichts angekommen. Das zeigten die DIHK-Konjunkturumfragen, an denen sich jeweils knapp 25.000 Unternehmen beteiligen. Zuletzt erwarteten nur 15 Prozent der Betriebe eine Verbesserung ihrer Geschäfte, jedes vierte Unternehmen rechnete sogar mit einer Verschlechterung. Nach wie vor bremsten vor allem strukturelle Probleme die Betriebe aus: 56 Prozent der Betriebe sahen in den Arbeitskosten eines ihrer größten Geschäftsrisiken, ein neuer Höchstwert. Auch die Inlandsnachfrage und wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen wurden weiterhin als erhebliche Belastungen empfunden. Besonders angespannt war die Lage in der Industrie. Sie verlor im internationalen Wettbewerb weiter an Boden. Für 2026 ist daher nur mit einem schwachen BIP-Wachstum zu rechnen.

Geschäftserwartungen der Unternehmen



Saldo aus "besser"-Antworten minus "schlechter"-Antworten

Gründer und Nachfolger dringend gesucht

Die DIHK setzte sich auch 2025 für bessere Rahmenbedingungen für Gründer und Unternehmensnachfolger ein. Die Basis bildete die jahrzehntelange Expertise der regionalen IHKs im Service für Gründerinnen und Gründer, Start-ups und Unternehmensnachfolgen – mit hunderrtausenden Gesprächen jedes Jahr. Mit den DIHK-Reporten zur Unternehmensgründung und -nachfolge zeigte die DIHK: Das Gründungsinteresse verharrte auch 2025 auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Zahl der Unternehmen, die eine Nachfolge suchten, war doppelt so hoch wie die Zahl der Interessenten. Und fast sechs von zehn Gründern waren mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen unzufrieden – mit steigender Tendenz und sogar schlechterem Urteil als während der Coronapandemie.

Basierend auf diesen Ergebnissen appellierte die DIHK an die Politik, die Hürden für Unternehmensgründungen in Deutschland konsequent zu reduzieren und dem unternehmerischen Engagement eine größere Wertschätzung entgegenzubringen. Ein besseres Verständnis für das Unternehmertum in der Gesellschaft startet in den Schulen. Hier sieht die DIHK entscheidende Stellschrauben, um den Unternehmergeist, den Mut und die Aufbruchstimmung der Gründerinnen und Gründer zu initiieren.

Neuer Höchststand bei den Insolvenzen

Monat für Monat kommentierte die DIHK die neuen Höchststände bei den Insolvenzzahlen, die oft zweistellige Zuwachsraten verzeichnen. Besonders betroffen sind auch in diesem Jahr kleine und mittelgroße Betriebe mit unter 100 Beschäftigten und das Verarbeitende Gewerbe. Die Ursachen zeigte die DIHK klar auf: Strukturelle Standortprobleme, hohe Energie- und Personalkosten, verunsicherte Märkte und noch immer hohe Bürokratielasten.

Diese Mischung greift auf Dauer die Substanz vieler Unternehmen an, vor allem auch die Unternehmen, die sich nach der Coronakrise noch nicht vollständig erholt haben. Damit



DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov im Gespräch mit dem SPD-Parteivorsitzenden und Bundesfinanzminister Lars Klingbeil, der sich auch während der Koalitionsverhandlungen der Diskussion in den DIHK-Gremien gestellt hat



Ab in die Tonne mit der Bürokratie! Christoph von Speßhardt, Hauptgeschäftsführer der IHK Elbe-Weser, und Helena Melnikov, DIHK-Hauptgeschäftsführerin, bei einer Veranstaltung mit Luise Hölscher (I.), Staatssekretärin im Bundesdigitalministerium

belegte die DIHK die besorgniserregende Entwicklung und forderte von der Politik schnell eine spürbare Trendwende. Nur durch Kostensenkungen in der Breite etwa bei der Stromsteuer, durch Begrenzungen der Sozialabgaben und durch einen umfassenden Bürokratierückbau kann die Insolvenzwelle gebrochen werden.

Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung

Die 3. DIHK-Konferenz „Bürokratieabbau und bessere Rechtssetzung“ verdeutlichte nicht nur die bürokratischen



Diskutieren intensiv über wirkungsvolle Maßnahmen zum Bürokratieabbau für den Mittelstand: Manfred Schultheis, Vorsitzender des DIHK-Mittelstandsausschusses seit März 2025 (r.), mit Martin Plum, MdB (CDU/CSU), Parsa Marvi, MdB (SPD), und Gisela Meister-Scheufelen, Stiftung Familienunternehmen-Politik (v.l.n.r.)

Belastungen und Herausforderungen für Unternehmen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten konkrete Maßnahmen, mit denen unnötige Regelungen abgebaut und spürbare Vereinfachungen für die Wirtschaft erreicht werden können.

In ihrer Eröffnungsrede richtete DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov einen klaren Appell an die Bundesregierung: Bürokratie muss endlich konsequent reduziert werden. Das Bundeskabinett hatte nur wenige Tage zuvor die Modernisierungsagenda für Staat und Verwaltung beschlossen.

Staatssekretärin Luise Hölscher vom neu geschaffenen Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung erläuterte die Vorhaben der Bundesregierung. Gemeinsam mit Abgeordneten des Deutschen Bundestages und einem Vertreter der EU-Kommission wurde intensiv diskutiert, wie Genehmigungsverfahren beschleunigt, rechtliche Rahmenbedingungen angepasst und übermäßige Dokumentationspflichten abgeschafft werden können.

Dabei wurde klar, wie groß die Herausforderung ist: Eine umfassende Entlastung muss über alle Ministerien hinweg

greifen und in den Unternehmen deutschlandweit spürbar werden.

Mit Innovationen für mehr Wettbewerbsfähigkeit, Wertschöpfung und Souveränität

Ziel der im Sommer von der Bundesregierung beschlossenen „Hightech Agenda Deutschland“ ist es, den Transfer von Forschung in praktische Anwendungen zu beschleunigen, internationale Kooperationen auszubauen und Deutschland als führenden Standort für Zukunftstechnologien zu stärken. Dafür wurden zentrale Schlüsseltechnologien – etwa Künstliche Intelligenz und Biotechnologie – sowie wichtige strategische Forschungsfelder wie Sicherheits- und Verteidigungsforschung oder Luft- und Raumfahrt festgelegt.

Diese Themen wurden in den letzten Monaten gemeinsam mit den Bundesländern sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft weiter ausgearbeitet und begleitet.

Die DIHK hat sich aktiv an diesem Prozess beteiligt: Bei der Herbstsitzung des DIHK-Ausschusses Industrie und Forschung haben die Mitglieder gemeinsam mit Bundesforschungsministerin Dorothee Bär über den aktuellen Stand der Agenda und über Herausforderungen für die Unternehmen diskutiert, um ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Forschung und Innovation zu stärken.

Auch auf europäischer Ebene spielt die Innovationsfähigkeit der Unternehmen eine zentrale Rolle. Für das Nachfolgeprogramm von Horizon Europe (2028–2034) hat die IHK-Organisation bereits im Frühsommer ein Positionspapier veröffentlicht.

Mit den darin formulierten Anforderungen begleitete die DIHK die Entwicklung des neuen EU-Forschungs- und Innovationsförderprogramms – unter anderem durch Gespräche mit der EU-Kommission, dem Europäischen Parlament und den zuständigen Bundesministerien.



Über die aktuellen Herausforderungen für Unternehmen und Innovationspolitik als Schlüsselthema sprechen Forschungsministerin Dorothee Bär (Mitte) mit Susanne Szczesny-Oßing, Vorsitzende des DIHK-Ausschusses Industrie und Forschung, und Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef

Wirtschaft und Verteidigung – DIHK positioniert sich

Die veränderte geopolitische Sicherheitslage seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wirkt sich über gestörte Lieferketten, hohe Energiepreise und hybride Bedrohungen auf eine Vielzahl von Unternehmen in Deutschland aus. Auf diese Entwicklungen hat die Bundesregierung unter anderem mit der Überarbeitung ihres Konzepts zur Gesamtverteidigung reagiert. Die Bundeswehr hat einen „Operationsplan Deutschland“ entwickelt, durch den die

zivilmilitärische Zusammenarbeit vor Ort in den Regionen mit der vielfach betroffenen Wirtschaft konkretisiert wird. Da die Unternehmen und die IHKs in diesen Plänen und Strategien eine Rolle übernehmen, hat das DIHK-Präsidium im Juni 2025 eine Position an der Schnittstelle von Wirtschaft und Verteidigung beschlossen. Das Positionspapier mit dem Titel „Herausforderungen in neuer sicherheitspolitischer Lage“ befasst sich mit der Modernisierung verteidigungsrelevanter Infrastruktur, der ganzheitlichen Betrachtung von Wehrdienst und Reservetätigkeit in einem Arbeitsmarkt mit Fachkräftemangel, Resilienz, den



Im Zalando-Headquarter: Diskussion „Wirtschaftspolitik im Fokus – Was der Handel jetzt braucht“ mit Gitta Connemann, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, mit dem Vorsitzenden des DIHK-Handelsausschusses Bernd Behrens (l.) und dem Zalando-Mitgründer und Co-CEO Zalando SE, Robert Gentz

Marktbedingungen für die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und der Rolle der DIHK, IHKs und AHKs.

Da die Resilienz der Unternehmen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland 2025 immer mehr in den Fokus rückte, hat sich die DIHK stärker bei der „Initiative Wirtschaftsschutz“ engagiert. In Zusammenarbeit mit den Partnerverbänden und -behörden hatten KMU die Gelegenheit, in verschiedenen Veranstaltungsformaten an der Resilienz

des Standorts mitzuwirken und sich in Sicherheitsbriefings über die aktuelle Lage zu informieren.

Lieferkettengesetz: Keine Abschaffung, aber Aussicht auf weniger Bürokratie

Auch 2025 hat sich die DIHK für spürbare Erleichterungen und den Abbau bürokratischer Pflichten bei menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten stark

gemacht. Eine vollständige Abschaffung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) hat die neue Bundesregierung zwar nicht umgesetzt, doch eine Gesetzesnovelle wurde auf den Weg gebracht: Sie sieht die Abschaffung der jährlichen Berichtspflicht sowie Änderungen bei den Bußgeldvorschriften vor. Zusätzlich wurde die Prüfung von Berichten durch die Aufsichtsbehörde mit sofortiger Wirkung eingestellt, um Unternehmen unmittelbar zu entlasten.

Auch auf europäischer Ebene gibt es Fortschritte: Mit dem Omnibus-I-Paket hat die EU-Kommission einen ersten wichtigen Schritt zum Bürokratieabbau bei überbordenden Nachhaltigkeits- und Sorgfaltspflichten unternommen. Die DIHK hat sich aktiv in die Debatte eingebracht und weitergehende Vereinfachungen gefordert. Rat und Europäisches Parlament haben zentrale Forderungen aufgegriffen. Zukünftige Sorgfaltspflichten sollen deutlich weniger Unternehmen direkt betreffen und insgesamt verhältnismäßiger ausgestaltet sein.

Handelsausschuss im Dialog: Impulse für die Zukunft

Die Mitglieder des Handelsausschusses nutzten ihre Sitzungen in Hamburg und Berlin, um aktuelle handelspolitische Themen mit Entscheidungsträgern und relevanten Stakeholdern zu diskutieren. In der Frühjahrssitzung standen die handelspolitischen Rahmenbedingungen sowie praxisnahe Ansätze im Mittelpunkt. Besonders hervorgehoben wurden erfolgreiche Initiativen aus der IHK-Organisation zur Stärkung des stationären Einzelhandels, wie „Heimat shoppen“ und „Quartiersmanagement“.

Die Herbstsitzung fand im Headquarter von Zalando statt. Im Gespräch mit Gitta Connemann, Parlamentarische Staatssekretärin im BMW, diskutierten die Unternehmensvertreter unter anderem die geplanten Maßnahmen gegen die zunehmende Paketflut. In der Ausschusssitzung ging es um die Frage, wie die Anliegen im Handel smart, sicher und strategisch umgesetzt werden können. Schwerpunkte lagen auf den Potenzialen von Smart Stores sowie auf dem Thema Ladendiebstahl. Gemeinsam mit Florian Oest, MdB (CDU/CSU), wurden politische

und unternehmerische Ansätze zur Prävention und Verhinderung von Ladendiebstahl diskutiert. Ein besonderer Fokus lag auf dem Einsatz von Videoüberwachung und KI-Technologien.

Digitaler Euro – Praktikable Lösungen für Wirtschaft und Kreditinstitute finden

Mit dem digitalen Euro ist ein großer Schritt in der Weiterentwicklung der Währungsunion verbunden, der den Euro im Spiel der Weltwährungen wettbewerbsfähig halten soll. Für die deutsche Wirtschaft ist der digitale Euro Herausforderung und Chance zugleich: Er bietet Unternehmen und Handel die Möglichkeit, digitale Zahlungen noch günstiger abzuwickeln und die Programmierbarkeit zur Auslösung automatischer Zahlungsvorgänge zu nutzen. Aber je nach Ausgestaltung könnte er hohe Implementierungskosten bei der Kreditwirtschaft verursachen und stünde mit seiner Online-Funktion im Wettbewerb zu privaten Lösungen.

Die DIHK ist mit allen Stakeholdern im Dialog, um für alle Seiten eine praktikable Lösung zu finden, die die Interessen der verschiedenen Branchen berücksichtigt. Der digitale Euro sollte das Geschäftsmodell von Banken und Sparkassen nicht untergraben. Für den Handel muss die Implementierung niederschwellig sein, um eine zügige Umsetzung zu möglichst geringen Kosten zu garantieren.

Bauen braucht Beratung

Mit dem sogenannten Bauturbo reagiert die Bundesregierung auf die seit Jahren anhaltende Wohnungskrise und die verfehlten Ziele beim Neubau. Die DIHK hat sich 2025 intensiv in die Reform des Baugesetzbuchs eingebracht. Sie unterstützt den Bauturbo zur Beschleunigung des Wohnungsbaus, fordert jedoch klare Regeln zum Schutz gewerblicher Nutzungen. In zahlreichen politischen Gesprächen und Stellungnahmen setzte sich die DIHK auf nationaler und europäischer Ebene für ein dauerhaft schlankes, digitales und wirtschaftsfreundliches Baurecht ein – mit schnelleren Verfahren, weniger Bürokratie und mehr Planungssicherheit für Unternehmen. Diese und weitere Themen wurden in knapp



Spannende Impulse aus der Bundesregierung erhielten die Mitglieder des DIHK-Bau- und Immobilienausschusses durch Sören Bartol, den Parlamentarischen Staatssekretär bei der Bundesministerin für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, der von Dirk Binding, DIHK-Bereichsleiter, begrüßt wurde



Die Tourismusbranche leistet viel mehr als man denkt: Sie schafft Jobs, stärkt andere Branchen und macht Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiver. Iris Wehrmann, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (I.), im Gespräch mit DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov und dem DIHK-Tourismusausschussvorsitzenden Robert Rückel (r.)

40 Sitzungen mit den IHK-Fachreferentinnen und Fachreferenten für Stadtentwicklung und Flächenpolitik, Bau- und Immobilienwirtschaft sowie Regionalentwicklung aufbereitet und im DIHK-Bau- und Immobilienausschuss beraten.

Tourismus im Fokus

Der Tourismus ist ein zentraler Wirtschaftsfaktor – das bestätigt die gemeinsam mit dem Bundesverband der Tourismuswirtschaft und dem Deutschen Tourismusverband erstellte Studie „Wirtschaftsfaktor Tourismus 2024“. Trotz herausfordernder Rahmenbedingungen kämpft sich die Branche zurück. Der DIHK-Tourismusausschuss drängt auf die Umsetzung notwendiger Reformen und setzt dabei auf eine enge Vernetzung und den direkten Dialog mit Politik

und Verwaltung. Auf europäischer, Bundes- und Landesebene brachten die Ausschussmitglieder die Anliegen der Unternehmen ein, entwickelten Lösungen und stärkten das Vertrauen zwischen Wirtschaft und Politik. So blieb die DIHK nah an den Entscheidern und an den Themen, die die Branche bewegen.

Verkehrsbranche zwischen Hoffnung und Resignation

Die Vereinbarungen zur Verkehrspolitik im Koalitionsvertrag prägten die Diskussionen im DIHK-Verkehrsausschuss im Frühjahr. Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, berichtete über die verkehrspolitischen Vorhaben der neuen Bundesregierung und stellte sich anschließend den Fragen der Ausschussmitglieder. Diese



Was hat die neue Bundesregierung bei dem Thema Verkehr für Pläne? Ausschussvorsitzender Georg Dettendorfer im Gespräch mit Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr

sahen viele gute Ansätze, äußerten aber auch Zweifel, dass die Politik es schaffen wird, alle relevanten Vereinbarungen – insbesondere die zur Schaffung von stabilen Finanzierungskreisläufen für Straße, Schiene und Wasserstraße – in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Weitere Themen waren die Konnektivität im Luftverkehr als Standortfaktor für die Wirtschaft mit ADV-Präsidentin Aletta von Massenbach und der Stand der Nutzung von Elektromobilität im Straßengüterverkehr.

Über die Lage und die Perspektiven der Deutschen Bahn AG berichtete Martin Seiler, Vorstand der Deutschen Bahn AG, im Rahmen der Herbstausschusssitzung. Schwerpunktthema war die Fachkräftesicherung in der Verkehrs- und Logistikbranche. Besonders gravierend ist die Lage bei den

Berufskraftfahrern. Diskutiert wurden die verschiedenen Ansatzpunkte vom Abbau rechtlicher und bürokratischer Hemmnisse bis hin zur Akquise von Fahrern und Auszubildenden im Nicht-EU-Ausland. Breiten Raum nahm auch das Thema Military Mobility ein. Oberstleutnant Heyde aus dem Bundesministerium der Verteidigung gab Einblicke in die militärische Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur und die Zusammenarbeit mit dem Transportgewerbe.

Hemmnisse für den Luftverkehr in Deutschland abbauen

Viele Unternehmen in Deutschland sind auf gute Konnektivität im Luftverkehr angewiesen. Zugleich ist Deutschland durch seine zentrale Lage der ideale Standort für ein europäisches Luftdrehkreuz. Dennoch entwickelte sich der Luftverkehr in den vergangenen Jahren im europäischen Vergleich nur unterdurchschnittlich. In einem Positionspapier hat die DIHK die Gründe hierfür analysiert und in die politische Debatte eingebracht. Mit dem Beschluss des Koalitionsausschusses zu einem Maßnahmenpaket im November stehen erste DIHK-Vorschläge zur Stärkung des Luftverkehrs in Deutschland kurz vor der Umsetzung. Die vereinbarte Rücknahme der letzten Erhöhung der Luftverkehrsteuer wird aber nicht ausreichen. Die DIHK setzt sich für eine komplette Abschaffung der Luftverkehrsteuer ein. Auch weitere Hemmnisse wie die hohen Luftsicherheitsgebühren und Flugsicherungskosten oder die Ausgestaltung bilateraler Luftverkehrsabkommen sollten zügig angepackt werden.

Unterschätzte Wirtschaftskraft ländlicher Regionen im Fokus

Ländliche Räume sind ein wichtiger, aber oftmals unterschätzter Bestandteil der Wirtschaftslandschaft in Deutschland. Sie bieten mehr als nur Lebens-, Natur- und Erholungsorte – sie sind vor allem auch bedeutsame Wirtschaftsräume. Mit dem Positionspapier „Ländliche Räume als Möglichmacher der Transformation“ zeigt die DIHK, wie ländliche Regionen zur Bewältigung zentraler Zukunftsaufgaben beitragen können – und welche politischen Rahmenbedingungen es dafür braucht. Aber ländliche Räume

brauchen vor allem mehr Sichtbarkeit, genau hier setzt die DIHK-Kommunikationskampagne #LandKann an. Mehr dazu lesen Sie in dem Kapitel Kampagnen auf Seite 76.

Ernst-Schneider-Preis: Auszeichnung für herausragenden Wirtschaftsjournalismus

Rund 240 Gäste aus Medien, Politik und Wirtschaft würdigten im Staudium in Stade die diesjährigen Preisträgerinnen

und Preisträger des IHK-Preises für Wirtschaftsjournalismus „Ernst Schneider“. Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der IHK Elbe-Weser und der DIHK ausgerichtet. Talkgast war der Journalist und Publizist Stefan Aust. Der mit 52.000 Euro dotierte Preis wurde in sechs Kategorien vergeben. Ausgezeichnet wurden Beiträge, die wirtschaftliche Zusammenhänge fundiert, allgemeinverständlich und relevant aufbereiten – und damit zur Stärkung des Verständnisses für die Soziale Marktwirtschaft beitragen.



Unter den Preisträgern: Gabriela Sperl, Pia Strietmann und Thomas Wendrich für die vierteilige ARD-Serie „Herrhausen – der Herr des Geldes“ (ARD Degeto Film GmbH), Matthias Zimmermann („Augsburger Allgemeine“), Henning Sußebach („Die Zeit“), Ralf Geißler (MDR), Gesine Enwaldt und Melanie Stucke (NDR, SWR, WDR) sowie Sebastian Strauß („Süddeutsche Zeitung“)

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

DIHK

Plaßmann

Dr. Anwandter

Dr. Kambeck

DIHK

DIHK

DIHK

Sitzung des
DIHK- Geld- und
Kreditausschusses

2. April 2025
DIHK Berlin

Diskussion mit Lars Anwandter von der Europäischen
Investitionsbank und Nancy Plaßmann, Vorsitzende
des DIHK-Geld- und Kreditausschusses, sowie
Rainer Kambeck, DIHK-Bereichsleiter (v. l. n. r.)

Steuer- und Finanzpolitik

Die erweiterten finanziellen Möglichkeiten des Staates erhöhen zwar den Handlungsspielraum für Investitionen deutlich, zugleich bergen sie jedoch Risiken für eine langfristig tragfähige Finanzpolitik. Das hat die DIHK in zahlreichen Stellungnahmen an Bundestag und Bundesfinanzministerium, Faktenpapieren, Veranstaltungen und öffentlichen Statements betont. Aus Sicht der Unternehmen ist entscheidend, dass die Mittel so investiert werden, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver und das gesamtwirtschaftliche Wachstumspotenzial gestärkt wird. Ein wichtiger paralleler Schritt für mehr Investitionen der Unternehmen ist der Einstieg in die Steuerentlastung durch den Investitionsbooster und die Ankündigung einer schrittweisen Senkung des Körperschaftsteuersatzes ab 2028.

Start in der Steuerpolitik – wichtige Impulse durch den Investitionsbooster

Mit dem im Juli 2025 verabschiedeten Gesetz für ein steuerliches Investitionssofortprogramm hat die Bundesregierung gute steuerliche Impulse geschaffen, um positive Investitionsanreize zu setzen. Die DIHK war dabei eine treibende Kraft: In Stellungnahmen und Gesprächen mit Politik und Ministerien hat sie auf die Notwendigkeit hingewiesen, die steuerlichen Rahmenbedingungen spürbar zu verbessern. Einige der Kernforderungen wurden umgesetzt, wie die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter, wodurch die Liquiditätssituation in den Unternehmen verbessert wird. Die Steuersätze bei der Körperschaftsteuer und der Einkommensteuer, im Falle der Thesaurierung von Gewinnen, werden schrittweise reduziert. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gestärkt. Dies gilt auch für den Mittelstand – sofern die Gewinne der zahlreichen Personenunternehmen in Deutschland wieder im Unternehmen investiert werden. Zur Stärkung von Zukunftsinvestitionen werden die maximal

Öffentliche Anhörung im
Finanzausschuss des Deutschen
Bundestages zur Aktivrente:
Abgeordnete der CDU/CSU-
Fraktion Florian Dorn, Matthias
Hiller und Anja Karliczek mit
DIHK-Bereichsleiter Rainer
Kambeck (v.l.n.r.)



mögliche Forschungszulage von 3,5 auf 4,2 Millionen Euro erhöht und Sonderabschreibungen für Elektromobilität ermöglicht.

Auf der Agenda bleiben Forderungen unserer Mitgliedsunternehmen, das materielle Steuerrecht zu vereinfachen und die Erhebungsverfahren konsequent zu automatisieren und zu digitalisieren – und damit auch deutlich zu beschleunigen. Das gilt vor allem für Betriebsprüfungen. Das Investitionssofortprogramm zeigt, wie wichtig die Stimme der Unternehmen in der Gesetzgebung ist. Die DIHK wird sich weiterhin für wettbewerbsfähige steuerliche Rahmenbedingungen einsetzen.

Aktivrente – positive steuerliche Anreize für ältere Erwerbstätige

Um wieder positive Wachstumsraten zu erreichen, muss Deutschland das vorhandene Erwerbspotenzial deutlich besser ausschöpfen. Aus Sicht der Unternehmen sollten alle Möglichkeiten genutzt werden, um das seit Jahren stagnierende Arbeitszeitvolumen zu erhöhen. Die DIHK unterstützt daher die sogenannte Aktivrente, die im Januar 2026 gestartet ist. Sie sieht vor, dass Personen, die nach Erreichen der Regelaltersgrenze weiterarbeiten, bis zu 2.000 Euro monatlich steuerfrei verdienen können. Dabei sollten auch Selbstständige miteinbezogen werden, da auch ihr

Nutzung Künstlicher Intelligenz



Performanz und Menschenzentrierung

KI-Systeme, leistungsfähig und den Menschen in den Mittelpunkt stellend

- Integration in den Workflow
- nachvollziehbare Entscheidungen
- reflektorische Schleifen



Kompetenzaufbau

systematische Qualifizierung für den Umgang mit KI-Tools

- Schulungsprogramme
- praxisnahe Anwendung
- kontinuierliches Lernen



Ressourcenallokation

strategische Verteilung von Budget, Personal und Infrastruktur

- Priorisierung von Projekten (EfA)
- Investitionsplanung
- skalierbare Lösungen



Digitalisierung und KI beim Steuervollzug – Thema des DIHK-Finanz- und Steuerausschusses mit Rainer Kambeck, Boris Zollickhofer, Vizepräsident des Bundeszentralamtes für Steuern, und Benjamin Peuthert von der Senatsverwaltung der Finanzen des Landes Berlin (v.l.n.r.)

Arbeitsangebot das Produktionspotenzial erhöht. Gleichzeitig spricht sich die DIHK dafür aus, Anreize für einen vorzeitigen Ruhestand abzubauen, um widersprüchliche Anreizwirkungen zu vermeiden. Darüber hinaus setzt sich die DIHK für eine allgemeine Senkung der Einkommensteuer ein. Eine solche Entlastung sollte insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen zugutekommen, Investitionen fördern und damit zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen.

Globale Mindeststeuer praxistauglich gestalten

Deutschland hat – wie andere EU-Staaten – zum 1. Januar 2024 eine „Globale Mindeststeuer“ eingeführt. Damit wird für international, aber auch für innerstaatlich tätige Unternehmensgruppen neben der regulären Besteuerung ergänzend eine Mindeststeuer eingeführt. Die DIHK hat frühzeitig auf die erheblichen zusätzlichen Verwaltungsbelastungen hingewiesen, die damit für Unternehmen einhergehen. Denn die Unternehmen müssen umfangreiche Berichts-, Compliance- und IT-Systeme erstellen und in die bestehenden Unternehmenssysteme integrieren. Die DIHK hat Fachtagungen organisiert, bei denen Unternehmen gemeinsam mit Experten aus Finanzverwaltung und Wissenschaft praxisnahe und bürokratiearme Lösungen diskutieren konnten.

Mit dem Mindeststeueranpassungsgesetz wurden verschiedene Erleichterungen eingeführt, wenn Unternehmen bereits eine sogenannte Country-by-Country-Berichterstattung vorhalten oder in einem anderen Staat einer speziellen Besteuerung von mindestens 15 Prozent unterliegen. Die DIHK konnte im Rahmen von Stellungnahmen weitere Verbesserungen an den ursprünglichen Gesetzesvorschlägen des Bundesfinanzministeriums erreichen und dazu beitragen, dass diese praxistauglicher ausgestaltet werden.

Entlastung der Unternehmen durch Stromsteuersenkung

Die deutschen Unternehmen sind weiterhin von hohen Energiekosten betroffen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei

die Energie- und Stromsteuern. Für eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit sind Entlastungen dringend notwendig. Umso wichtiger ist es, dass mit der Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes die Stromsteuerentlastung unter anderem für das produzierende Gewerbe entfristet wurde. Etwa 600.000 Unternehmen zahlen weiterhin nur den EU-rechtlichen Mindestsatz von 0,05 Cent/kWh.

Die DIHK setzt sich weiterhin für eine Entlastung auch der Unternehmen jenseits des produzierenden Gewerbes ein. Die Stromsteuer muss für alle Betriebe auf das europäische Minimum gesenkt werden – so wie die Bundesregierung es ursprünglich angekündigt hatte. So würden zusätzlich auch Unternehmen aus den Bereichen Handel, Dienstleistungen und Logistik entlastet. Die Antragsbürokratie innerhalb einer Gruppe von Industrieunternehmen könnte zudem entfallen, weil kein Nachweis der Branchenzugehörigkeit mehr notwendig wäre.

Lange Übergangsfrist für Steuerfreiheit von Bildungsleistungen

Seit dem 1. Januar 2025 gelten neue Vorschriften für die Steuerfreiheit von Bildungsleistungen. Die DIHK hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Finanzverwaltung den Unternehmen eine angemessene Übergangsfrist für die Umsetzung der Änderungen einräumt. Die Unternehmen haben bis Ende 2027 Zeit für die Umsetzung. Denn was zunächst gut klingt, hat für viele gewerbliche Anbieter insbesondere von Fortbildungskursen weitreichende Folgen: Da Leistungen zur Fortbildung und beruflichen Umschulung jetzt auch von der Umsatzsteuer befreit sind, verlieren sie den Vorsteuerabzug aus ihren Eingangsleistungen, was erhebliche Auswirkungen auf die Kalkulation hat.

Da diese Änderung überraschend zum Ende des Gesetzgebungsverfahrens auf gewerbliche Anbieter ausgedehnt wurde, hatten die Unternehmen keine Zeit, ihre Kalkulationen und Verträge für Vorleistungen anzupassen. Wenn beispielsweise Räume für Kurse angemietet werden, hat die Änderung bei den Bildungsleistungen auch Auswirkungen auf die



Beim „Steuer- und finanzpolitischen Dialog Rheinland-Pfalz“ diskutierten Arne Rössel, Hauptgeschäftsführer IHK Koblenz, Rainer Kambeck, DIHK-Bereichsleiter, Doris Ahnen, Finanzministerin Rheinland-Pfalz, Jürgen Vogel, Hauptgeschäftsführer IHK Pfalz, Karina Szweide, Hauptgeschäftsführerin IHK Rheinhessen, Florian Steidl, IHK Rheinhessen, und Werner Thumbs, Boehringer Ingelheim und Mitglied im DIHK-Finanz- und Steuerausschuss (v. l. n. r.)

Rechnungsstellung des Vermieters. Die längere Übergangsfrist verschafft den Unternehmen mehr Zeit für die Umstellung. Die DIHK wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass auf EU-Ebene ein Wahlrecht geschaffen wird. Damit könnte dem Gedanken, dass die Steuerbefreiung Bildungsleistungen nicht verteuern soll, besser Rechnung getragen werden als eine starre Regelung, die im B2B-Verhältnis Leistungen mangels Vorsteuerabzug teurer macht.

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelska

Von Daten
begeistert!

Daten
für alle!

Ohne Worte
nur mit Daten

Forum geht's
hier eigentlich?

Daten
machen's
möglich!



KI.Macht.Daten – und Menschen machen den Unterschied – das war das Motto des 3. Datenforums der Deutschen Wirtschaft, organisiert vom DIHK-Digi-Team

Digitalisierung

Technologische Innovationen, allen voran die generative Künstliche Intelligenz (KI), verändern Wertschöpfungsprozesse in rasantem Tempo. Der Einsatz von KI wird für Unternehmen zunehmend zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Voraussetzung dafür sind verlässliche und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Daten bilden die Grundlage sowohl für neue Geschäftsmodelle als auch für den erfolgreichen Einsatz von KI. Dabei stehen Fragen der Datenverfügbarkeit und -qualität sowie zur Rechtssicherheit im Fokus. Zugleich verdeutlichen nicht nur die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen, sondern auch die aktuellen Entwicklungen im Cyberraum, dass Cybersicherheit eine grundlegende Voraussetzung für die digitale Transformation ist.

Datenforum „KI. Macht. Daten“

Daten sind der Treibstoff der digitalen Wirtschaft, doch erst durch den Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) entfalten sie ihr volles Potenzial. Gleichzeitig stellen sich in der täglichen Unternehmenspraxis viele Fragen: Wie gelingt der verantwortungsvolle Umgang mit Daten? Welche Rolle spielen Datensouveränität und europäische Standards? Wie kann Europa digital souveräner werden? Diese und weitere Fragen wurden beim 3. Datenforum „KI. Macht. Daten“ gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik diskutiert.

Cybersicherheit

Nach langen Beratungen wurde im Herbst 2025 der neue Rahmen für mehr Cybersicherheit in der Wirtschaft verabschiedet. Die DIHK begleitete den Entstehungsprozess des NIS2-Umsetzungsgesetzes intensiv. Neben der politischen Interessenvertretung fanden auch zahlreiche



Digitale Souveränität war eines der Themen bei der Podiumsdiskussion „KI-Nutzung zwischen (Alb)Traum und europäischer Realität“, bei der Unternehmensvertreter und Abgeordnete eifrig diskutierten



Praxis in Brüssel: Unternehmer Stefan Nesselhauf, CEO Evolvice, Cybersicherheitsexperte Stephan Wirtz, CEO anykey GmbH, und Vanessa Bachofer, Mack & Schneider GmbH (v.l.n.r), tauschten sich direkt mit EU-Vizekommissionspräsidentin Henna Virkkunen (Mitte) aus

Informationsveranstaltungen in den IHKS statt, um die Unternehmen auf die Umsetzung vorzubereiten. Der Fokus der DIHK lag dabei insbesondere auf den zahlreichen Unternehmen, die indirekt über die Lieferkette zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen.

Künstliche Intelligenz: Rahmenbedingungen und Anwendungen

Künstliche Intelligenz und Wettbewerbsfähigkeit bedingen einander: Geeignete Rahmenbedingungen sind Voraussetzung dafür, dass Unternehmen in der Breite an KI teilhaben können. Auf Grundlage breit angelegter Workshops mit dem IKT-Ausschuss und den IHKS wurde ein umfassendes Positionspapier mit dem Titel „KI. Macht. Zukunft: Einen praxisgerechten Rahmen gestalten“ erarbeitet und zentrale Handlungsfelder für eine erfolgreiche KI-Transformation in der Wirtschaft identifiziert. Darüber hinaus hat sich die DIHK mit Stellungnahmen, zum Beispiel zum Digital-Omnibus oder zum Entwurf eines Durchführungsgesetzes zur KI-Verordnung, für innovations- und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen auch auf europäischer Ebene in die Diskussion eingebracht.

Aber wie sieht KI in der Realität aus, wie kann man ihre Potenziale finden und nutzen? Beim neu konzipierten Webinar-Format „breiAlkfast“ erläutern Unternehmerinnen und Unternehmer, Expertinnen und Experten, wie sie mit KI-Anwendungen beispielsweise in ihrem Hotel Energie sparen, Effizienzen im Vertrieb verbessern oder neue Materialkombinationen suchen und finden. Mit über 800 Anmeldungen stieß das Format auf großes Interesse und wird auch 2026 fortgesetzt. Die Aufzeichnungen der Webinare sind als Use-Case-Sammlung auf der DIHK-Webseite abrufbar.

IKT-Ausschuss: Brüssel, Sommertreff und Projektgruppe KI

Neben regulären Ausschusssitzungen in Berlin und Brüssel, bei denen unter anderem Regierungs- und Kommissionsvertreter, Abgeordnete und Wissenschaftler zu Gast waren,



Bei der Digital-Sommerlounge stand der Dialog mit **Caroline Bosbach, MdB**, und **Silke Launert, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt**, und **Helena Melnikov, DIHK-Hauptgeschäftsführerin im Mittelpunkt**

traf sich der DIHK-IKT-Ausschuss im Sommer informell, um sich insbesondere zu den Themen digitale Souveränität und Künstliche Intelligenz auszutauschen. Die Ergebnisse flossen in die politische Arbeit der DIHK ein, etwa zur Rechenzentrumsstrategie der Bundesregierung oder zur Technologie-Plattform Deutschland-Stack. Darüber hinaus diskutierte die Projektgruppe KI intensiv und regelmäßig digitalpolitische Fragestellungen und entwickelte Ideen und Impulse, um die Anwendung von KI in der Wirtschaft zu fördern. Zudem brachte sie die unternehmerische Perspektive und Expertise zu aktuellen digitalpolitischen Entwicklungen im Zusammenhang mit KI ein, beispielsweise bei Austauschformaten mit der Leiterin des zuständigen KI-Referats im Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung.

Digital-Sommerlounge

Bei der Digital-Sommerlounge tauschten sich junge Gründer und Vordenker aus der Technologie- und Innovationsszene

rund um den Gründungsstandort Deutschlands aus. Im Mittelpunkt des Abends standen der persönliche Dialog mit **Caroline Bosbach, MdB (CDU)**, und **Silke Launert (CSU)**, Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt.

Leistungsfähige Glasfaser- und Mobilfunknetze

Die DIHK setzt sich für leistungsfähige digitale Infrastrukturen ein, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu sichern. Glasfaseranschlüsse bis in die Unternehmensgebäude und flächendeckende Mobilfunknetze sind entscheidend für Innovation und digitale Anwendungen. Die DIHK hat die Rahmenbedingungen für einen flächendeckenden Netzausbau mitgestaltet, wie zum Beispiel durch die Kommentierung der Eckpunkte des neuen Digitalministeriums für einen beschleunigten Ausbau der Netze oder zur Kupfer-Glasfaser-Migration. Außerdem koordiniert die DIHK gemeinsam mit dem Gigabitbüro des Bundes eine branchenübergreifende Initiative zur Gewinnung von Fachkräften für den Glasfaserausbau.

SCALE-MX: Wettbewerbsfähig durch souveränen Datenaustausch

Das Projekt SCALE-MX begleitet Unternehmen des produzierenden Gewerbes dabei, ihre Daten mit Hilfe von digitalen Datenräumen unternehmensübergreifend sicher, direkt und automatisiert zu teilen. Die im Rahmen des Programms Manufacturing-X entstehenden Datenräume haben das gemeinsame Ziel, Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Nachhaltigkeit des industriellen Mittelstands zu stärken.

In dem Projekt trägt die DIHK Service GmbH mit technologisch fundierten Workshops und einer praxisnahen Train-the-Trainer-Schulung dazu bei, ein Verständnis für den betriebswirtschaftlichen Nutzen dieser innovativen Technologie zu schaffen. SCALE-MX wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) gefördert und ist ein Verbund von VDMA, ZVEI, Niedersachsen.Next, Bayern Innovativ, WIK GmbH und DIHK Service GmbH.

Außenwirtschaftstag

#AuWiTag2025



Internationales

Linke Seite: Unter dem Motto „Neue Realitäten, neue Strategien: Chancen für die deutsche Außenwirtschaft im geopolitischen Spannungsfeld“ diskutierten Julia Braune, GTAI-Geschäftsführerin, Helena Melnikov, DIHK-Hauptgeschäftsführerin, Katherina Reiche, Bundeswirtschaftsministerin, und Peter Adrian, DIHK-Präsident (v. l. n. r.)

Hausgemachte Herausforderungen im internationalen Geschäft

in Prozent; Angaben von Unternehmen, die zuvor angegeben hatten, im internationalen Geschäft vor Herausforderungen zu stehen (80 Prozent der Umfrageteilnehmer)

Bürokratische Hürden oder Unsicherheit bei der Umsetzung von Regulierungen

83

Hürden durch Ausfuhrbehörden bei der Abwicklung des Auslandsgeschäfts

43

Einschränkungen beim freien Waren- und Dienstleistungsverkehr im EU-Binnenmarkt

19

Rechtsunsicherheiten bei Investitionen im EU-Binnenmarkt

10

Sonstige

3

Deutschlands Wirtschaft leidet unter geopolitischen Verwerfungen

Die Weltwirtschaft hat 2025 stärker zugelegt als erwartet. Doch die zunehmende Abschottung vieler Staaten belastete den internationalen Handel. Vor allem der US-Zollschock im Frühjahr hat tiefe Spuren hinterlassen und das weltweite Wirtschaftsgefüge durcheinandergebracht. Die international

besonders stark vernetzte deutsche Wirtschaft trifft das überdurchschnittlich stark. Hausgemachte Standortschwächen verschärfen die Auswirkungen der globalen Turbulenzen auf Deutschlands Unternehmen.

International mussten sich deutsche Firmen auf ein „New Normal“ in der Handelspolitik einstellen und schaffen das auch teilweise mit Erfolg: An ihren internationalen

Standorten zeigten sie im Laufe des Jahres 2025 wieder mehr Zuversicht nach der Schockphase – wenn auch mit Vorsicht. Viele passten ihre Strategien an und nutzen Chancen im Ausland, wo die Standortbedingungen oft günstiger waren als in Deutschland. Die DIHK ermittelte zusammen mit den IHKs und AHKs in den Umfragen „Going International“ und „AHK World Business Outlook“ regelmäßig die Herausforderungen, vor denen Unternehmen im internationalen Geschäft stehen.



Außenwirtschaft und Industriepolitik im geopolitischen Wandel

Wie stark fordern die geopolitischen Spannungen und protektionistischen Maßnahmen die deutsche Außenwirtschaft heraus? Das war die zentrale Frage bei der Sitzung des DIHK-Außenwirtschaftsausschusses. Vertreter aus Politik und Industrie – darunter Niedersachsens Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne und das Vorstandsmitglied der Volkswagen AG Thomas Schäfer – diskutierten über die Zukunft von Industrie- und Handelspolitik.

Der Konsens: Unternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen, offene Märkte und eine aktive EU-Handelspolitik. In der Sitzung wurden konkrete Handlungsansätze diskutiert: strategisches De-Risking im China-Geschäft, faire Freihandelsabkommen und wettbewerbsfähige Energiepreise als zentrale Voraussetzungen, damit deutsche Unternehmen auch künftig international erfolgreich agieren können.

Zoll: Digitalisierungsschub beim Ursprungszeugnis

2025 setzte sich die DIHK im Bereich Zoll für die Modernisierung und Entbürokratisierung internationaler Handelsprozesse ein. Ein besonderer Meilenstein war der deutschlandweite Start des vollständig digitalen Ursprungszeugnisses (dUZ) Mitte September. Mit dessen Einführung wurde ein langjähriges Digitalisierungsprojekt erfolgreich abgeschlossen. Das internationale Interesse war groß: Auf der Bühne des „ICC Certificate of Origin Council“ präsentierte die DIHK zusammen mit der IHK-GfI das Projekt vor mehr als 60 Expertinnen und Experten aus aller Welt.

Parallel begleitete die DIHK intensiv die EU-Zollreform, deren Trilogverhandlungen 2025 starteten. Sie nahm in diesem Zusammenhang unter anderem an Runden der Spitzenverbände beim Bundesministerium der Finanzen

Über die Zukunft der transatlantischen Beziehungen spricht Metin Hakverdi, Koordinator der Bundesregierung für die transatlantische Zusammenarbeit, beim Jahrestreffen der IHK-Außenwirtschaftsreferenten in Berlin

(BMF) und der Generalzolldirektion teil und verfasste Stellungnahmen, Ideen- und Maßnahmenpapiere, etwa zum Thema E-Commerce.

Zudem brachte die DIHK regelmäßig ihre Expertise zu Bürokratieabbau und Modernisierung der Ursprungsregeln ein. Darüber hinaus prägte die Strategie „Zoll 2030“ die fachpolitische Arbeit. Die DIHK veröffentlichte hierzu eine kritische Stellungnahme und warnte vor praxisfernen Elementen der angestrebten Neuausrichtung.

Carnet ATA wird digital: Papierloses Zollverfahren kommt

Die Digitalisierung des Carnet-Zollverfahrens nimmt Fahrt auf. Gemeinsam mit der Internationalen Handelskammer (ICC) arbeitet die DIHK an der vollständigen Umstellung auf das digitale Carnet ATA – unterstützt von der Weltzollorganisation und der Europäischen Kommission.

Künftig entfällt der Gang zur IHK, um das Carnet in Papierform abzuholen. Stattdessen wird ein QR-Code genutzt, den die Zollbehörden elektronisch auslesen können – komplett papierlos. Aktuell läuft eine Pilotphase: Sechs deutsche Industrie- und Handelskammern testen die digitale Abwicklung in enger Zusammenarbeit mit ihren Zollstellen und ausgewählten Carnetinhabern. Die Europäische Kommission plant, das digitale Carnet ATA zum 1. April 2026 rechtsverbindlich in der gesamten EU einzuführen. Damit können digitale Carnets künftig offiziell von den EU-Zollbehörden abgefertigt werden.

Handelspolitik in Zeiten von US-Zollkonflikten

Die US-Hochzollpolitik hat das gesamte Welthandelssystem und damit auch die deutsche Wirtschaft unter Druck gesetzt. Die DIHK hat diesen Prozess eng begleitet und sich als zentrale Ansprechpartnerin für Unternehmen und Politik positioniert. Neben der intensiven Unterstützung des IHK-Netzwerks bei zahlreichen Unternehmensanfragen zum US-Geschäft hat die DIHK den Dialog mit betroffenen

Unternehmen in über 30 Vorträgen, Webinaren und Round Tables, sowohl digital als auch in Präsenz, aktiv gesucht.

Auf Basis dieser Praxiserfahrungen hat sich die DIHK in die Gestaltung der europäischen Antwort auf die US-Handelspolitik eingebracht: durch öffentliche Stellungnahmen, die Teilnahme an Konsultationen sowie den regelmäßigen Austausch mit Entscheidungsträgern in Brüssel, Berlin und Washington.

Eine Blitzumfrage unter mehr als 3.500 Unternehmen verdeutlicht die Auswirkungen der Ende Juli veröffentlichten Einigung im Zollstreit. Infolgedessen hat die DIHK in Konsultation mit der IHK-Organisation ein Präsidiumspapier abgestimmt und verabschiedet, das sowohl in Berlin als auch in Washington vorgestellt wurde. Gespräche mit der US-Zollbehörde sowie Stakeholdern in den USA, unter anderem in der Regierung und im Kongress, sowie der Besuch von betroffenen deutschen Unternehmern in den USA rundeten die Arbeit ab.

Die DIHK hat sich stark in die laufenden EU-Handelsverhandlungen eingebracht, um die deutschen Lieferketten abzusichern und zu diversifizieren. Besondere Erfolge hierbei waren der Abschluss der EU-Verhandlungen mit Indonesien sowie der Start der Verhandlungen mit Malaysia und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Mit Blick auf das Mercosur-Abkommen hat die DIHK mit den AHKs und IHKs eine Roadshow für die erfolgreiche Ratifizierung und Umsetzung gestartet. Bei einem Außenhandelsseminar in Berlin hat die DIHK eine interessengeleitete Handelspolitik diskutiert, verbunden mit der Frage, wie sich Europa im Großmachtwettbewerb behaupten kann. Neben der Teilnahme am WTO-Public Forum in Genf wurde die Frage zur Zukunft der Welthandelsorganisation in einem Webinar thematisiert.

Im Dauereinsatz vor den Kameras des ARD-Morgenmagazins, von RTL-Nachrichten und Welt TV kommentiert DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier die Zoll-Attacken des US-Präsidenten in Richtung China sowie die massiven Auswirkungen auf die deutschen Unternehmen





Mitten in der Zollkrise und während neuer geopolitischer Spannungen hat eine DIHK-IHK-Delegation die USA besucht. Elf IHK-Hauptgeschäftsführerinnen und -geschäftsführer sowie DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov und DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier haben die Zeit für intensive Gespräche mit Entscheidungsträgern aus Politik, Wirtschaft und Administration genutzt

Delegationsreise nach New York und Washington, D. C.

Mit der Delegationsreise setzte die IHK-Organisation ein starkes Zeichen für den transatlantischen Dialog. In New York fanden Gespräche mit dem Vorstand der AHK USA und ein Unternehmens-Round-Table mit namhaften deutschen Unternehmen wie Würth, Lufthansa, Henkel, Bayer und BASF

statt. Der Fokus lag auf Chancen und Herausforderungen für deutsche Unternehmen in den USA vor dem Hintergrund einer immer unsichereren US-Handelspolitik. Darüber hinaus wurde der German International School New York die Exzellenzsurkunde des AHK-Auslandsschulwettbewerbs übergeben.

In Washington, D. C. folgten Termine mit Vertreterinnen und Vertretern des US-Kongresses, der U. S. Chamber of

Commerce und des Office of the United States Trade Representative (USTR).

DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov und die IHK-Hauptgeschäftsführerinnen und -Hauptgeschäftsführer betonten die Bedeutung deutscher Investitionen und warben für ein Handelsabkommen zwischen den USA und der EU.



Die DIHK-IHK-Delegation im Gespräch mit Marjorie Chorlins von der U. S. Chamber of Commerce in Washington, D. C.: Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef, und Helena Melnikov, DIHK-Hauptgeschäftsführerin (v.l.n.r.)



Die TBI-Delegation in Washington, D. C.

TBI-Delegationsreise nach Washington, D. C. und Chicago

Trotz des Shutdowns der US-Regierung führte eine Delegation mit dem neuen Vorsitzenden der Transatlantic Business Initiative (TBI) und Vorstandsvorsitzendem der DHL Group, Tobias Meyer, Gespräche mit Regierungsvertretern, dem deutschen Botschafter Jens Hanefeld, Think Tanks und der EU-Delegation. In Chicago stand der Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern deutscher und US-amerikanischer Unternehmen im Vordergrund.

Diskutiert wurden die US-Handelspolitik, Zollfragen, Investitionshemmnisse und die Bedeutung enger Kooperationen mit US-Bundesstaaten.

Exportkontrollen im Zeichen geopolitischer Spannungen

Im Jahr 2025 standen die Aktivitäten der DIHK im Außenwirtschaftsrecht neben den Russland-Sanktionen besonders im Zeichen der wachsenden Bedeutung von Exportkontrollen. Vor dem Hintergrund des Handels- und Technologiekonflikts zwischen den USA und China rückten neue regulatorische Anforderungen in den Fokus, insbesondere die chinesischen Exportkontrollen für kritische Rohstoffe und Seltene Erden. Die DIHK informierte Unternehmen umfassend zu den exportkontrollrechtlichen Vorgaben Chinas und tauschte sich intensiv mit Ministerien und Behörden über die neuen Vorgaben aus. Zudem unterstützte sie Unternehmen bei konkreten Herausforderungen, beispielsweise durch gezielte Lösungansätze zur Verkürzung von Genehmigungsprozessen.

Darüber hinaus engagierte sich die DIHK für die Vereinfachung der Exportkontrollverfahren. In enger Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Ministerien brachte sie Vorschläge zur Optimierung von Exportkontrollverfahren ein und begleitete kritisch den im Koalitionsvertrag angedeuteten Paradigmenwechsel innerhalb der Exportkontrollpolitik.

Parallel gewann das Thema Wirtschaftssicherheit an Bedeutung. Die DIHK beteiligte sich aktiv an Diskussionen zur EU-Wirtschaftssicherheitsstrategie und nationalen Planungen, beriet Behörden und erarbeitete ein Positionspapier zur Stärkung der Resilienz deutscher Unternehmen.

Resilienz und Sicherheit in Zeiten geopolitischer Verwerfungen

Die geopolitischen Veränderungen stellten auch 2025 die Wirtschaft vor gewaltige Herausforderungen. Gemeinsam mit der IHK zu München und Oberbayern organisierte die DIHK ein offizielles Side-Event auf der Münchner

Sicherheitskonferenz. Vor dem Hintergrund der Angriffe der Huthi im Roten Meer diskutierten Expertinnen und Experten aus Wirtschaft, Militär und Kammernetz, wie die entscheidenden maritimen Seewege für die deutsche Wirtschaft geschützt werden können.

Um die deutsche Wirtschaft im Umgang mit den neuen geökonomischen Realitäten – seien es die Verwerfungen im transatlantischen Verhältnis, ein effektives De-Risking in China oder Fragen rund um die Wirtschaftssicherheit – zu unterstützen, hat die DIHK gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik die digitale Reihe „Geo-ökonoWie?“ fortgesetzt.

Entwicklungszusammenarbeit: Deutsche Wirtschaftsinteressen im Ausland vertreten

Vor dem Hintergrund anhaltender geopolitischer Herausforderungen gewinnt die Diversifizierung von Beschaffungs- und Absatzmärkten für deutsche Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Dabei rücken vor allem Schwellen- und Entwicklungsländer verstärkt in den Fokus wirtschaftlicher Kooperationen.

Der Koalitionsvertrag hat die Verzahnung von deutscher Wirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit klar gestärkt. Bei Ausschreibungen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Schwellen- und Entwicklungsländern oder im Rahmen gemeinsamer Projekte der AHKs mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) werden deutsche Unternehmen inzwischen früher und gezielter einbezogen. Die DIHK hat dazu mit zahlreichen Workshops, Foren und Beratungsgesprächen wesentlich beigetragen und für hohe Unternehmensstandards geworben. So entstehen zunehmend „Triple-Win-Lösungen“ für Wirtschaft, Partnerländer und Entwicklungsziele.

Auch die Ziele des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) werden so besser erreicht: nachhaltige, partnerorientierte Entwicklungszusammenarbeit und mehr qualifizierte Arbeitsplätze in

Schwellen- und Entwicklungsländern, die Wohlstand und stabile Wirtschaftsstrukturen fördern.

SAFRI setzt Impulse für eine Afrikawende

Mit dem Positionspapier „Afrikawende – Jetzt!“ setzte die Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI) 2025 ein klares Signal: Deutschlands Afrikapolitik braucht

verlässliche Rahmenbedingungen, bessere Finanzierungsmöglichkeiten, Rohstoffkooperationen, lokale Wertschöpfung und stärkere digitale Zusammenarbeit. Damit bringt sich SAFRI mit ihrem Vorsitzenden Thomas Schäfer in die Debatte zur Afrikastrategie der Bundesregierung maßgeblich mit ein. Um diese Agenda wirksam zu verankern, modernisierte SAFRI seine Kommunikation: Website-Relaunch, ausgebaut Social-Media-Präsenz, neues Corporate Design und eine Afrikawende-Kampagne.

SAFRI organisierte auch im Jahr 2025 zentrale Veranstaltungen: den Africa Day mit der Deutschen Afrika Stiftung, KfW und den afrikanischen Botschaften, die Konferenz „Making Africa's Capital Work Better“ mit African Development Bank, BMZ und NMI, den Empfang der afrikanischen Botschafter, das OECD-Event zu Africa's Development Dynamics sowie die SAFRI-Delegationsreise zum B20/G20-Gipfel nach Johannesburg.



SAFRI-Strategietreffen mit SAFRI-Vorsitzendem und Volkswagen-CEO Thomas Schäfer (6.v.r.), stellv. SAFRI-Vorsitzender Sabine Dall'Omo (4.v.r.) und DIHK-Außenwirtschaftsschef Volker Treier (8.v.r.)



Katherina Reiche, Bundeswirtschaftsministerin, und Oleksii Sobolev, Minister für Wirtschaft, Umwelt und Landwirtschaft der Ukraine, beim Diskussionsforum „Tradition meets Innovation – On the Future Economic Model of Ukraine“

8. Deutsch-Ukrainisches Wirtschaftsforum

Bei dem Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum unter dem Motto „Resilience in Action – Partnership in Progress“ standen die Stärkung wirtschaftlicher Resilienz, die Rolle des privaten Sektors beim Wiederaufbau, die Transformation der Verteidigungsindustrie sowie Zukunftsbranchen für die weitere Entwicklung im Mittelpunkt.

Zu den Gästen zählten neben Bundeskanzler Friedrich Merz auch der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi sowie weitere Regierungsvertreterinnen und -vertreter. Mehrere ukrainische Delegationen, darunter Unternehmen aus der Verteidigungsindustrie und dem IT-Sektor, nahmen teil.

Rund 500 deutsche und ukrainische Unternehmensvertreterinnen und -vertreter nutzten die Gelegenheit, gemeinsam mit politischen Entscheidungsträgern – darunter auch Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche – über die Zukunft der bilateralen Kooperation zu diskutieren. In vier Diskussionsrunden ging es um die zentralen Anliegen zur Zukunft der bilateralen Zusammenarbeit.

Mit dieser Konferenz, die bereits zum achten Mal stattfand, unterstreicht die DIHK ihre enge Partnerschaft mit der Ukraine und die Bedeutung des im Jahr 2023 eingerichteten DIHK-Kompetenzzentrums Wiederaufbau Ukraine als zentrale Plattform für den wirtschaftlichen Dialog.

Nationale und internationale Medien begleiteten das Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum, das von der DIHK, der AHK Ukraine sowie dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) organisiert wurde.

Rechte Seite: Diskutierten Maßnahmen zur Stärkung der wirtschaftlichen Resilienz auf dem 8. Deutsch-Ukrainischen Wirtschaftsforum: Christian Bruch, stellv. Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj, Bundeskanzler Friedrich Merz und DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov (v.l.n.r.)





Die AHK-Geschäftsführerinnen und -Geschäftsführer mit Helena Melnikov, DIHK-Hauptgeschäftsführerin (Mitte), Benjamin Leipold, DIHK-Bereichsleiter AHK-Netz (r.), und Jörg Buck, AHK-Welt-sprecher (l.)



Für ihr soziales Engagement für benachteiligte Kinder in der „Müllstadt“ Kairos erhielt die Deutsche Schule der Borromäerinnen Kairo die Auszeichnung Beste Auslandsschule 2025



Ehrenamt im Fokus der AHK-Weltkonferenz: Diskussion mit Sibylle Thierer, deutsche Vizepräsidentin von Eurochambres (Mitte), Shirley Qi, Präsidentin der AHK Singapur, mit Stefan Rouenhoff, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

AHK-Weltkonferenz 2025: Die Welt zu Gast in der DIHK

Geopolitische Herausforderungen, Zollkonflikte, fragile Lieferketten, Fachkräftemangel und Rohstoffabhängigkeiten prägen weltweit die Wirtschaftslage, auch in Deutschland.

An der diesjährigen AHK-Weltkonferenz der Deutschen Auslandshandelskammern im Haus der Deutschen Wirtschaft nahmen rund 1.000 Vertreterinnen und Vertreter aus AHKs, IHKs, Bundesministerien, Verbänden, Partnerorganisationen und der Wirtschaft teil. In den fünf Tagen diskutierten sie, um gemeinsame Antworten und Ansätze auf diese Herausforderungen zu finden.

Der Weltwirtschaftstag stand ganz im Zeichen der aktuell volatilen Zeiten für die Wirtschaft und der Frage, wie

Deutschlands Erfolgsmodell der Zukunft aussehen kann. Neben der Wirtschaftsweisen Prof. Veronika Grimm und dem DGAP-Präsidenten Thomas Enders gab es zu diesen Themen wichtige Impulse aus der Wirtschaft und von den AHKs.

Ein Höhepunkt der Veranstaltung war die Prämierung des 9. DIHK-Auslandsschulwettbewerbs. Die DIHK fördert die Deutschen Auslandsschulen und würdigt ihre Arbeit mit dem mit 120.000 Euro dotierten Wettbewerb „Schüler bauen weltweit Brücken“ zum neunten Mal.

Die Auszeichnungen wurde an fünf Deutsche Auslandsschulen vom DIHK-Ehrenpräsidenten Ludwig Georg Braun und der DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov verliehen. Platz eins erhielten die Schülerinnen in Kairo für ihr Engagement beim Betreuen und Unterrichten sozial benachteiligter Kinder in der „Müllstadt“. Ein gemeinsames

innovatives Projekt sicherte den deutschen Schulen London und Brüssel den zweiten Platz. Zwei dritte Plätze gingen an das Colegio Alemán Stiehle de Cuenca und die Deutsche Schule Lissabon.

Am Ehrenamstag diskutierten ehrenamtliche Vorstandsmitglieder der AHKs aus aller Welt mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Stefan Rouenhoff, ihre Praxiseinblicke aus der Weltwirtschaft.

3. Deutsch-Polnisches Wirtschaftsforum

Unter der Schirmherrschaft von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche und dem polnischen Minister für Finanzen und Wirtschaft Andrzej Domański fand das Wirtschaftsforum im Haus der Deutschen Wirtschaft mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft statt.



3. Deutsch-Polnisches Wirtschaftsforum mit Lars Gutheil, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der AHK-Polen, Helena Melnikov, DIHK-Hauptgeschäftsführerin, Andrzej Domański, polnischer Finanz- und Wirtschaftsminister, Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche, Philipp Haußmann, stellv. Vorstandsvorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft (v.l.n.r.)

Rund 300 Teilnehmer diskutierten über Potenziale der industriellen Kooperation zwischen Deutschland und Polen sowie der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Regionen. Die Veranstaltung wurde von der AHK Polen, der DIHK, dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (OA) und der Polnischen Agentur für Investition und Handel (PAIH) organisiert.

Berliner Prozess: Südosteuropa & Südkaukasus

Die DIHK übernimmt bei der Wirtschaftssäule des Berliner Prozesses eine aktive Rolle und förderte damit die wirtschaftliche Annäherung der Länder des westlichen Balkans an die EU. Als starke Partnerin der Bundesregierung veranstaltete sie bilaterale Wirtschaftsformate mit dem rumänischen Präsidenten Nicusor Dan, dem kroatischen Premierminister

Andrej Plenkovic und dem armenischen Premierminister Nikol Pashinjan. Diese Formate standen ganz im Zeichen der aktuellen geopolitischen Entwicklungen und deren Folgen für die Wirtschaftsbeziehungen der Länder, insbesondere in den Bereichen Energie, Sicherheit und Verteidigung oder Innovation.

Business Round Table mit dem Präsidenten von Sri Lanka

Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA), der Board of Investment of Sri Lanka und die Botschaft von Sri Lanka in Berlin veranstalteten einen Business Round Table mit dem Präsidenten von Sri Lanka, S.E. Anura Kumara Dissanayake. Dies war der erste Besuch des Präsidenten in Europa.



Der Präsident von Sri Lanka, S.E. Anura Kumara Dissanayake, wird von DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier begrüßt

Rund 40 Unternehmen nahmen an der Veranstaltung teil, bei der auf verschiedene Reformvorhaben und Investitionsmöglichkeiten in Sri Lanka eingegangen wurde sowie bestehende und geplante Projekte der deutschen Teilnehmer vorgestellt wurden.

Mit seiner geografischen Lage nimmt der südasiatische Inselstaat eine strategisch bedeutsame Position als maritimer Logistik-Hub für Lieferketten und Seehandelsrouten zwischen Asien und Europa ein.

Für deutsche Unternehmen bestehen Chancen in den Bereichen Spezialtextilien, Medizintechnik, IT, Nahrungsmittelverarbeitung, Verpackungen, Maschinenbau, erneuerbare Energien sowie berufliche Aus- und Weiterbildung.



Über die Chancen und Herausforderungen einer strategischen Rohstoffpartnerschaft zwischen Chile und Deutschland diskutieren mit Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft Mark Heinzel, DIHK, Aurora Williams Baussa, Bergbauministerin von Chile, Volker Treier, DIHK-Außenwirtschaftschef, und Cornelia Sonnenberg, AHK Chile (v.l.n.r.)



DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier begrüßt Seine Majestät König Abdullah II., König des Haschemitischen Königreichs Jordanien, in Berlin

18. Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft

Lateinamerika gewinnt aufgrund der zunehmenden geopolitischen Spannungen für die deutsche Wirtschaft weiter an Bedeutung. Die 18. Lateinamerika-Konferenz wurde vom Vorsitzenden der Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft (LAI), Ingo Kramer, eröffnet. Neben den Regierungsvertretern aus Brasilien, Guatemala und Paraguay diskutierten 250 Teilnehmende die aktuellen Potenziale, die Lateinamerika für deutsche Unternehmen bietet. Insbesondere bei der Versorgung mit kritischen Rohstoffen und bei der Diversifizierung von Lieferketten spielt dieser Kontinent eine strategisch immer wichtigere Rolle. Damit beschäftigte sich auch das Deutsch-Chilenische Rohstoffforum im Oktober.

Seine Majestät König Abdullah II. zu Gast

Deutsche Unternehmensvertreter diskutierten im Haus der Deutschen Wirtschaft mit Seiner Majestät König Abdullah II., König des Haschemitischen Königreichs Jordanien.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen Investitionen, Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit.

DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier eröffnete die Runde, gefolgt von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck, der die Bedeutung der Partnerschaft in den Bereichen Innovation und Energie hervorhob. König Abdullah II. betonte die Offenheit Jordaniens für Kooperationen und Investitionen.

Deutsch-Türkische Wirtschaftskonferenz

Im Herbst 2025 versammelten sich über 300 Gäste zur Deutsch-Türkischen Wirtschaftskonferenz im Haus der Deutschen Wirtschaft in Berlin.

Die Veranstaltung wurde von der DIHK, dem türkischen Kammerdachverband TOBB, der AHK Türkiye und der TD-IHK ausgerichtet. DIHK-Präsident Peter Adrian und Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov begrüßten die Teilnehmenden und betonten in ihren Impulsreferaten die zentralen Wirtschaftsthemen und aktuellen Herausforderungen beider Länder.

Bei dem ministeriellen Dialog diskutierten Staatssekretärin Stutz (BMV) und ihr türkischer Amtskollegen Durmuş



Deutsch-Türkische Wirtschaftskonferenz von AHK, DIHK, TD-IHK, TOBB: TD-IHK-Geschäftsführer Okan Özoğlu, DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov, DIHK-Präsident Peter Adrian, TOBB-Präsident M. Rifat Hisarcıkloğlu, AHK-Präsidentin Bige Yücel, DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier (v.l.n.r.)

Üniver mit dem türkischen Botschafter S. E. Gökhan Turan und Siemens Türkiye-CEO Hüseyin Gelis über Chancen der Digitalisierung im Mobilitätssektor – sowohl innerhalb der Länder als auch im bilateralen Kontext.

Weitere Impulse zur deutsch-türkischen Zusammenarbeit boten Panels zu Energie, Mobilität, Wiederaufbau und Handel.

Saudischer Gesundheitsminister im Haus der Deutschen Wirtschaft

Die DIHK empfing gemeinsam mit der Delegation der Deutschen Wirtschaft für Saudi-Arabien den saudischen Gesundheitsminister S. E. Fahad bin Abdulrahman Al-Jalajel mit einer hochrangigen Delegation im Haus der Deutschen Wirtschaft. Im Mittelpunkt des Treffens mit deutschen

Unternehmensvertretern standen die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit im Gesundheitssektor und die Erörterung gemeinsamer Projekte. Der Austausch eröffnete neue Perspektiven für Kooperationen in den Bereichen Gesundheitsinfrastruktur, Digitalisierung und Medizintechnik und unterstrich die Bedeutung der deutsch-saudischen Wirtschaftsbeziehungen.

Wirtschaft im Gespräch mit dem ägyptischen Außenminister

Gemeinsam mit dem BDI und der Botschaft der Arabischen Republik Ägypten lud die DIHK zu einem Austausch mit S. E. Badr Abdelatty, Minister für auswärtige Angelegenheiten, Migration und Angelegenheiten der ägyptischen Auswanderer der Arabischen Republik, ein. Im Mittelpunkt standen die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, Investitionspotenziale sowie die aktuellen Entwicklungen in Nordafrika und dem Nahen Osten.

Delegationsreise nach Israel

DIHK-Präsident Peter Adrian reiste im Dezember als Teil der Wirtschaftsdelegation von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche nach Israel. Anlass war das 60-jährige Jubiläum der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Im Mittelpunkt standen politische Gespräche mit Regierungsvertretern sowie ein Wirtschaftsprogramm zur Intensivierung der bilateralen Zusammenarbeit in Bereichen wie Innovation, Energie und Digitalisierung.

Deutsch-koreanische Wirtschaftsbeziehungen

Die jahrzehntelangen tief verankerten deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen sind mit Blick auf die aktuellen globalen geopolitischen Nejustierungen für beide Seiten in vielen Sektoren ein wichtiger Stabilitätsanker. Angesichts einer im Mai neu angetretenen Bundesregierung und des im Juni ins Amt gewählten koreanischen Staatspräsidenten Jae Myung Lee war der Austausch von Nicole Renvert, Bereichsleiterin Internationale Märkte, mit Seok Yeon Lee, dem Special Envoy des Staatspräsidenten, sowie dem koreanischen



Unterstützen tatkräftig die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen: Basar Ahmet Basar Sen, Geschäftsführer des Deutsch-Türkischen Wirtschaftsrats (DZWR), Nicole Renvert, DIHK-Bereichsleiterin, Benjamin Leibold, DIHK-Bereichsleiter, und Burkhardt Hellemann, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Delegierter an der AHK Türkei (v.l.n.r.)

Botschafter Sang Beom Lim ein wichtiger Schritt, um das gegenseitige Vertrauen beider Länder in wirtschaftspolitischen Fragen zu bekräftigen. Es wurden Themen mit Potenzial für eine weitere Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen identifiziert.

Internationaler Rohstoffdialog 2025

Im November lud die DIHK mit ihrem weltweiten German Mining and Resources Network zum Internationalen Rohstoffdialog nach Berlin ein. Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft diskutierten Strategien zur Sicherung kritischer Rohstoffe und resilienter Lieferketten. Angesichts der hohen Importabhängigkeit Deutschlands standen Diversifizierung, Nachhaltigkeit und Kreislaufwirtschaft im Fokus.

Die Diskussionen konzentrierten sich auf fünf zentrale Themen: den Umgang mit kritischen Rohstoffen und Exportkontrollen, die Stärkung der Resilienz von Lieferketten, nachhaltige Ansätze im Bergbau, den Ausbau internationaler Partnerschaften sowie die Förderung von Kreislaufwirtschaft und Recycling. Die DIHK leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Rohstoffversorgung und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie. AHK-Rohstoffkompetenzzentren aus aller Welt brachten ihre Expertise ein.

AHK-Jubiläen 2025: Gemeinsam weltweit vor Ort

Dieses Jahr war die DIHK bei wichtigen AHK-Jubiläen im weltweiten Netzwerk persönlich vor Ort.



Seit 70 Jahren unterstützt die AHK Frankreich ihre Mitgliedsunternehmen. DIHK-Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov (l.) gratuliert AHK-Geschäftsführer Patrick Brandmaier und Doris Birkhofer, Mitglied im AHK-Präsidium vor Ort

Herzlichen Glückwunsch an die Mitglieder und Kolleginnen und Kollegen der Deutsch-Niederländischen Handelskammer, AHK Niederlande (120 Jahre), der Deutsch-Indonesischen Industrie- und Handelskammer, AHK Indonesien/EKONID (100 Jahre), der Deutsch-Französischen Industrie- und Handelskammer, AHK Frankreich (70 Jahre), der Deutschen Handelskammer in Österreich (70 Jahre), der Deutsch-Polnischen Industrie- und Handelskammer, AHK Polen (30 Jahre), der Deutsch-Baltischen Handelskammer in Lettland (30 Jahre), der Deutsch-Slowakischen Industrie- und Handelskammer, AHK Slowakei (20 Jahre), der Delegation der Deutschen Wirtschaft für Zentralasien, AHK Zentralasien (30 Jahre), der AHK Kolumbien (90 Jahre), der Deutsch-Algerischen Industrie- und Handelskammer, AHK Algerien (20 Jahre) und der AHK Rio Grande do Sul (70 Jahre).

DIHK-Ausschuss für alternative Konfliktlösung: Ausschussvorsitzender und DIHK-Chefjustitiar Prof. Stephan Wernicke (6. v.l.) mit den Ausschussmitgliedern



Recht

Unternehmensnahe Streitbeilegung: Ein Jahr Schiedsgerichtshof

2025 war das erste operative Jahr für den Schiedsgerichtshof (SGH). Mit ihm stärkt die DIHK die mittelstandsfreundliche, alternative Konfliktlösung in Deutschland und weltweit. Schon die ersten Verfahren – viele davon mit internationalem Bezug und Streitwerten aller Größenordnungen – zeigen: Unternehmen nutzen den SGH als verlässliche und unternehmensnahe Einrichtung als Teil der IHK-Organisation. Das moderne Regelwerk und insbesondere das digitale Verfahrensmanagement sorgen für schnelle Abläufe. Unternehmen, Rechtsanwälte und Schiedsrichter bewerten diese Neuerung durchweg positiv.

Innerhalb der IHK-Organisation ist der SGH inzwischen fest etabliert. Zahlreiche IHKs haben ihre bisherigen regionalen Schiedsordnungen durch eine Verweisungsschiedsordnung ersetzt, sodass künftig der SGH für neue Verfahren zuständig ist. Viele Kammern haben zudem in ihren Vollversammlungen ihren Unternehmen empfohlen, das Angebot des SGH zu nutzen.

Auch erste Konferenzen und Formate zur Stärkung der internationalen Sichtbarkeit – insbesondere über die Auslandshandelskammern – haben bereits stattgefunden. Entscheidend für die weitere Entwicklung wird sein, ob Unternehmen häufiger Schiedsklauseln des SGH in ihre Verträge aufnehmen.

Rechtsausschuss im Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit

Die Europäische Union prägt das Wirtschaftsrecht – Verständnis für die unternehmerischen Anliegen kann man am besten vor Ort bewirken. Deshalb fand die Sitzung des DIHK-Rechtsausschusses 2025 in Brüssel statt.



Prof. Stephan Wernicke, Chefjustitiar der DIHK, beim Deutsch-Indischen Schiedsgerichtsforum zum Thema „Bilaterale Wege zur effizienten Beilegung von Handelsstreitigkeiten“, organisiert von der Anwaltskammer Indiens (BAI) in Zusammenarbeit mit der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) und der DIHK

Dort berichtete René Repasi, Mitglied des Europäischen Parlaments und Vorsitzender der SPD-Gruppe in der S&D-Fraktion, über das geplante weitreichende „28. Regime“ sowie über das Omnibus-Verfahren zur Nachhaltigkeitsberichterstattung.

Kerstin Jorna, Generaldirektorin der EU-Generaldirektion Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU, stellte die neue Binnenmarktstrategie vor. Sie hat das Ziel, die zehn größten Hemmnisse im europäischen Binnenmarkt – die



Besuch des DIHK-Rechtsausschusses im Europa-Gebäude in Brüssel, in dem regelmäßig die EU-Gipfel stattfinden

„Terrible Ten“ – abzubauen. Mit den Ausschussmitgliedern diskutierte sie intensiv unter anderem Ansätze zur Arbeitnehmerentsendung sowie zur Genehmigungsbeschleunigung. Über allem stand die Frage, wie die massiv bedrohte Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Europa wieder verbessert werden kann.

Theodor Frey-Gespräche: Das 28. Regime für Unternehmen

Unter dem Namen Theodor Freys, einem der Wegbereiter des Deutschen Industrie- und Handelskammertags im 19. Jahrhundert, finden regelmäßig Gespräche zwischen

Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft statt.

Im Jahr 2025 standen mehrere Expertengespräche zum sogenannten 28. Regime für Unternehmen in Berlin und Brüssel im Fokus. Eines der wenigen gesellschaftsrechtlichen Themen in

der EU, das den Standort und die Wettbewerbsfähigkeit konkret stärken soll, statt unsinnige Lasten vergangener Gesetze zu korrigieren. Ziel ist es, das Unternehmensrecht zu vereinfachen sowie Unternehmensgründungen und grenzüberschreitende Tätigkeiten im EU-Binnenmarkt zu erleichtern.

Die Theodor-Frey-Gespräche dienen in diesen politisch polarisierten Zeiten als wichtiges Forum für Austausch und gegenseitiges Verständnis. Denn auch bei diesem Thema gilt es, einen ausgewogenen Weg zwischen notwendiger Modernisierung und dem Erhalt bewährter Strukturen zu finden.

Greenwashing – „EmpCo“, „Green Claims“ und zunehmende Regulierung

Die Europäische Union möchte irreführende Umweltaussagen in der Werbung sowie die große Anzahl unterschiedlicher Nachhaltigkeitssiegel, sogenanntes Greenwashing, stärker regulieren. Bereits heute sind irreführende oder intransparente Werbeaussagen – auch zu Umweltaspekten – durch die Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken, umgesetzt im deutschen UWG, verboten.

Trotz Vorbehalten aus der Wirtschaft wurde in der EU die „Empowering-Consumers-Richtlinie“ (EmpCo-RL) verabschiedet und zusätzlich die „Green Claims“-Richtlinie angestoßen. Beide Regelungsvorhaben werden von vielen Akteuren als exemplarisch für das Scheitern des Ansatzes der „Better Regulation“ im Sinne bürokratie- und kostenarmer verhältnismäßiger Regulierung gesehen. Durch das intensive Engagement der DIHK, gemeinsam mit anderen Wirtschaftsverbänden, liegt das Gesetzgebungsverfahren zur Green-Claims-Richtlinie derzeit auf Eis. Die DIHK setzt sich weiterhin dafür ein, neue Verbote und zusätzliche bürokratische Belastungen in der Werberegulierung zu vermeiden.

Vergaberechtliche Dynamik oder bürokratische Zusatzlasten?

Entgegen den Erwartungen entsteht im Vergaberecht eher neue Bürokratie, anstatt dass Regelungen vereinfacht

Die Mitglieder des DIHK-Rechtsausschusses diskutieren mit Politikvertretern in Brüssel: Der DIHK-Ausschussvorsitzende Götz Kaßmann spricht mit der Generaldirektorin der GD Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum und KMU der EU-Kommission, Kerstin Jorna, und Prof. Stephan Wernicke, Chefjustiziar der DIHK, über Hindernisse im EU-Binnenmarkt



werden. Eine grundlegende Vereinfachung des Vergaberechts wäre dringend notwendig, erscheint jedoch aktuell wenig realistisch. Angesichts des „Sondervermögens“ wird die öffentliche Beschaffung zum Effizienzprüfstein. Sowohl öffentliche Auftraggeber als auch Unternehmen, die sich an Ausschreibungen beteiligen möchten, wünschen sich einfache und gut handhabbare Verfahren. Stattdessen sind viele aktuelle Gesetzesinitiativen auf Beschleunigung ausgerichtet, ohne dabei ausreichend Rücksicht auf die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen zu nehmen – etwa bei der Festlegung von Wertgrenzen.

Zudem wird in Deutschland über zusätzliche Vorgaben wie ein „Tariftrueugesetz“ diskutiert, das auch Unternehmen betreffen würde, die bereits tarifgebunden sind oder übertariflich zahlen. Insgesamt werden so höhere Kosten für die staatlichen Auftraggeber zu Lasten der öffentlichen Haushalte erwartet: in einer angespannten wirtschaftlichen Lage ist das ein falsches Signal.

Zunehmende Regulierung im Gewerberecht

Auch im Gewerberecht plant der Gesetzgeber neue Regelungen. Mit der geplanten Umsetzung der EU-Verbraucherkreditrichtlinie soll die Vermittlung von Verbraucherdarlehen erstmals eigenständig in der Gewerbeordnung verankert werden. Ab November 2026 sollen dafür eine Erlaubnispflicht, eine Sachkundeprüfung, regelmäßige Weiterbildung sowie die Eintragung in ein Vermittlerregister gelten.

Im Gesetzgebungsverfahren konnten durch die DIHK einige Erleichterungen für Vermittler erreicht werden – darunter eine Übergangsfrist für bereits tätige Vermittler, Ausnahmen von der Sachkundeprüfung für langjährig Berufserfahrene und besondere Regelungen für Kleinunternehmen. Dennoch zeigt sich insgesamt, dass der Grundgedanke der Gewerbebefreiung weiter an Bedeutung verliert.

WWW.FRONTIER-ECONOMICS.COM



NEUE WEGE FÜR DIE ENERGIEWENDE („PLAN B“)

Wissenschaftliche Studie
im Auftrag der Deutschen
Industrie- und Handelskammer

SEPTEMBER 2025

Neue Wege für die Energiewende

3. September 2025

Neue Wege
für die
Energiewende



Energie, Umwelt, Klima

Neue Wege für die Energiewende

Die Energiewende führt in ihrer aktuellen Ausgestaltung langfristig zu massiven Kostenbelastungen für Unternehmen und Haushalte, was mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland nur schwer vereinbar ist. Das ging aus der DIHK-Studie „Neue Wege für die Energiewende („Plan B)“ hervor. Die Studie wurde mit großer Unterstützung aus der IHK-Organisation von März bis September vom Beratungsunternehmen Frontier Economics durchgeführt und Anfang September im Rahmen einer Veranstaltung mit über 100 Teilnehmern veröffentlicht. Die Studie zeigt, dass die volkswirtschaftliche Transformation zur Klimaneutralität hohe Energiesystemkosten verursacht. Durch mehr Technologieoffenheit, weniger Regulierung und eine internationale Ausrichtung der Klimapolitik lassen sich Kosten wirksam reduzieren und marktwirtschaftlicher Innovationswettbewerb nutzen, um einen global wirksamen Klimaschutz mit wirtschaftlicher Stärke zu vereinen. Die Bundesregierung hat diesen Gedanken im Zehn-Punkte-Plan zum Monitoringbericht aufgenommen und wendet ihn bei ihrer Gesetzgebung vermehrt an, unter anderem beim CO₂-Speicherungsgesetz. Eine Ergänzungsstudie zeigte, dass hohe Energiekosten nicht das Problem einzelner Branchen, sondern der gesamten Wirtschaft sind. Schlussfolgerungen für eine kosteneffiziente und unbürokratische Umsetzung der Energiewende wurden Mitte Dezember veröffentlicht. Die Plan-B-Studie war Grundlage der politischen Arbeit der DIHK

Linke Seite: Über neue Perspektiven für die Energiewende sprachen IHK-Präsident und ZINQ-Geschäftsführer Lars Baumgürtel, die Forschungsdirektoren von Frontier Economics David Bothe und Johanna Reichenbach, der stellv. DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks, die Abteilungsleiterin im BMW, Stephanie von Ahlefeldt, sowie der Professor der Ruhr-Universität Bochum, Andreas Löschel (v.l.n.r.)

und wird auch in den nächsten Jahren unter anderem die Reform des Emissionshandels intensiv begleiten.

Energie- und Umweltpolitik im Wandel: Herausforderungen für Industrie und Klimaschutz

Die Kosten und Risiken der Transformation für energieintensive Industrien war das Thema des Umwelt- und Energieausschusses. Dabei standen vor allem die Stahlbranche sowie Unternehmen im Fokus, die Klimaschutzverträge abgeschlossen haben. Außerdem wurde die umfassende DIHK-Studie „Neue Wege für die Energiewende“ vorgestellt – im Mai und später im Dezember zusammen mit einer zweiten Ergänzungsstudie zu den institutionellen Rahmenbedingungen.

Zum Jahresende, mit einer neuen Bundesregierung und vielen noch in der Entwicklung befindlichen Projekten, beschäftigten sich die Ausschussmitglieder mit grundlegenden Fragen der Klima- und Umweltpolitik. Dazu gehörten ein Vortrag zu den aktuellen Klimazielen sowie Beiträge aus dem Ausschuss und der Politik zu Kreislaufwirtschaft und grünen Leitmärkten.

EU-Klimaziel 2040: Auf dem Weg zur Klimaneutralität

Im Rahmen des Clean Industrial Deals haben sich die EU-Institutionen neu positioniert. Der Deal dient als Leitprinzip für die EU-Kommission „von der Leyen II“. Auch die 30. Weltklimakonferenz in Belém, Brasilien, spielte dabei eine wichtige Rolle. Die EU-Kommission, das Europäische Parlament und der Ministerrat vertreten jedoch unterschiedliche Ansichten. Das betrifft vor allem internationale Kohlenstoffmärkte, natürliche und technische CO₂-Entnahmen sowie die Ausgestaltung der industriellen Transformation.



Eine enorme Medienresonanz löste die Studie „Neue Wege für die Energiewende“ aus, die der stellv. DIHK-Hauptgeschäftsführer Achim Dercks (Mitte) und Bereichsleiter Sebastian Bolay (r.) mit Pressesprecher Dominik Ohlig (l.) hier der Presse präsentieren

Die DIHK beteiligte sich aktiv an dieser Debatte. Sie organisierte dazu eine Veranstaltung unter der Schirmherrschaft der Europaabgeordneten Andrea Wechsler mit dem Motto „90 % Chance oder Herausforderung?“. Zudem brachte die DIHK verschiedene sektorale Stellungnahmen ein. Dazu gehörten Beiträge zu Energienetzen, zum industriellen Beihilferahmen „CISAF“ und zur Weiterentwicklung des europäischen Emissionshandels.

Wasserstoffhochlauf: Tempo, Pragmatismus und internationale Zusammenarbeit gefordert

Unter dem Motto „Act together. Think global. Move forward with hydrogen“ kamen auf der DIHK-Wasserstoffkonferenz deutsche und internationale Unternehmen, Wissenschaftler sowie Vertreter der AHKs und IHKs mit der Politik ins





Wasserstoff im Realitätscheck: Wie resilient Deutschlands Energieversorgung ist, erörtert Bernhard Kluttig vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Gespräch. Diskutiert wurden die entscheidenden Fragen zu Infrastruktur, Importstrategien und regulatorischen Rahmenbedingungen. Die starke Resonanz mit rund 250 Teilnehmenden unterstrich die Bedeutung von Wasserstoff als Schlüsseltechnologie für die Wettbewerbsfähigkeit. Ein besonderes Signal für internationale Kooperation setzte der Vorabend-Empfang in der Königlich Dänischen Botschaft, bei dem Marie Hindhede, stellv. Staatssekretärin im dänischen Ministerium für Klima, Energie und Versorgung, sowie der dänische Botschafter die Notwendigkeit gemeinsamer Anstrengungen für den Hochlauf von Wasserstoff betonten.

Versorgungssicherheit marktwirtschaftlich gewährleisten

Eine sichere, bezahlbare und klimaneutrale Stromversorgung – wie sich dieses Ziel marktwirtschaftlich und im Sinne der Klimaziele erreichen lässt, zeigt eine Studie von Connect Energy Economics zur Ausgestaltung einer Absicherungspflicht im Strommarkt.

Sie wurde im April im Rahmen der Veranstaltung „Effiziente Versorgungssicherheit im Strommarkt – Die Ausgestaltung der Absicherungspflicht“ in der DIHK vorgestellt.



Sebastian Bolay, DIHK-Bereichsleiter, stellt mit dem Autor Marco Nicolosi, Geschäftsführer von Connect Energy Economics, die DIHK-Studie „Die Ausgestaltung der Absicherungspflicht“ vor

Entstanden ist die Studie im Auftrag der DIHK, des Bundesverbands Neue Energiewirtschaft e.V. (BNE), DIE FAMILIEN-UNTERNEHMER, der European Energy Exchange (EEX), des VEA – Bundesverband der Energieabnehmer und des ZVEI (Verband der Elektro- und Digitalindustrie) sowie einer Reihe von Unternehmen.

Grundidee der Studie ist die Einführung einer Absicherungspflicht. Stromlieferanten müssten sämtliche Strommengen, die an Endkunden gehen, absichern. Dies reizt Investitionen in tatsächlich benötigte steuerbare Leistung an und gewährleistet Versorgungssicherheit technologieoffen bei möglichst

niedrigen Kosten. Auf teure Subventionen für den Bau neuer Gaskraftwerke, wie aktuell von der Politik diskutiert, könnte verzichtet werden.

Omnibus I: Nachhaltigkeitsberichterstattung vereinfachen

Im Februar hat die EU-Kommission den sogenannten Nachhaltigkeits-Omnibus vorgestellt. Er umfasst unter anderem die Überarbeitung der EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung und der europäischen Lieferkettenrichtlinie. Die Änderungen haben direkte Auswirkungen auf die Unternehmen: Sie legen künftig fest, wer berichten muss und wie umfangreich die Berichterstattungspflichten sind – auch für Unternehmen in der Wertschöpfungskette.

Die DIHK hat sich von Anfang an dafür eingesetzt, dass die neuen Vorgaben für Unternehmen umsetzbar und verhältnismäßig sind. In Stellungnahmen und Gesprächen mit Entscheidungsträgern in Brüssel und Berlin hat sie die direkten und indirekten Auswirkungen aufgezeigt und gefordert, den Anwendungsbereich zu begrenzen sowie den „Trickle-down“-Effekt entlang der Wertschöpfungskette einzudämmen.

Um die Belastung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu reduzieren, hat sich die DIHK bereits für die Entwicklung eines freiwilligen Nachhaltigkeitsstandards (VSME) eingesetzt. Dieser soll KMU eine praktikable Möglichkeit bieten, Nachhaltigkeitsinformationen bereitzustellen – ohne übermäßigen Aufwand oder zusätzliche Kosten. Die DIHK engagiert sich zudem im SME-Forum von EFRAG, um ein einfaches und einheitliches Tool zu entwickeln, das die Anwendung des VSME erleichtert und den „Trickle Down“-Effekt begrenzt.

Energie- und Klimapolitik im Gebäudebereich: Entschlacken und vereinfachen

Im Zuge der umfassenden Novellierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) setzte sich der DIHK für echte

Technologieoffenheit, praktikable Anforderungen und eine Entschärfung überzogener Vorgaben der EU-Gebäuderichtlinie (EPBD) auf europäischer Ebene ein. Ohne Anpassungen drohen verpflichtende Solaranlagen, strenge Neubaustandards und Renovierungspflichten für Wohn- und Nichtwohngebäude. Angesichts der Herausforderungen der „Wärmewende“ für deutsche Unternehmen hat die DIHK im April ein Positionspapier zur Energie- und Klimapolitik im Gebäudebereich veröffentlicht und brachte sich in Berlin und Brüssel im Sinne pragmatischerer und praxistauglicher Regelungen in die Debatte ein.

Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

In Deutschland werden Wachstum, Innovation und die notwendige Transformation oft durch langwierige Planungs- und Genehmigungsprozesse ausgebremst. Das betrifft den Weg zur klimaneutralen Industrie ebenso wie den Breitbandausbau, die Entwicklung lebenswerter Städte und Gemeinden sowie die Modernisierung von Straßen, Schienen und Wasserwegen. Verzögerungen schwächen die Unternehmen, die für Investitionen einen handlungsfähigen Staat mit effizienten Behörden brauchen.

Der DIHK-Beschleunigungsmonitor zeigte auch 2025: Der Bund-Länder-Beschleunigungspakt kommt nur schleppend voran – von 54 erforderlichen Gesetzesänderungen wurden erst zwei vollständig umgesetzt. Der Baumonitor verdeutlicht zusätzlich, wo die Landespolitik noch Potenzial für schnellere Verfahren bieten könnte. Unter dem Motto „Zwei Jahre Beschleunigungspakt im Realitätscheck“ diskutierte die DIHK mit Politik und Verwaltung den Stand der Agenda und die nächsten Schritte.

30 Jahre EMAS: Erfolge feiern und kontinuierlich wachsen

Im Herbst 2025 feierte das europäische Umweltmanagementsystem EMAS seinen 30. Geburtstag. Bei der Vielzahl gesetzlicher Pflichten ist es die Freiwilligkeit, die EMAS

eine hohe Überzeugungskraft gab und gibt. Aus diesem Grund hat die DIHK das System EMAS auch schon vor gut fünf Jahren selbst implementiert. So konnten wir unseren Energie- und Ressourcenverbrauch stetig senken, die Abfalltrennung verbessern und den CO₂-Fußabdruck auch in der Mobilität deutlich reduzieren.

Viele Institutionen ziehen nach, das EMAS-Netzwerk in Deutschland wächst kontinuierlich. 2025 konnte auch der erste EMAS-Konvoi in der IHK-Organisation erfolgreich abgeschlossen werden – etliche Kammern haben sich auf den Weg der Implementierung gemacht, sie teilweise schon erfolgreich eingeführt. Und als nationale Registrierungsorganisation haben wir 2025 rund 1.228 Neueintragungen und 5.550 Standorten in die EMAS-Community aufgenommen.

Bündnisse für Biodiversität starten durch

Regionale und branchenübergreifende Vernetzung – das ist das Ziel der Bündnisse für Biodiversität, die von IHKs gemeinsam mit der DIHK Service GmbH im Rahmen des Projekts Unternehmen Biologische Vielfalt (UBi) initiiert werden.

Inzwischen gibt es sechs neue Bündnisse: Den Auftakt machte die IHK Hannover im Sommer, gefolgt von Westfalen sowie den Regionen Köln, Karlsruhe, Sachsen und Elbe-Weser im Herbst. Die Bündnisse bieten Unternehmen praxisnahe Formate: Betriebsbesichtigungen, Coachings und Webinare zu Biodiversität.

Mittlerweile sind rund 300 Unternehmen in neun Bündnissen aktiv. Das Berliner Bündnis feierte im April sein erstes erfolgreiches Jahr mit Britta Behrendt, Staatssekretärin a. D., und 100 Gästen sowie mit Workshops zur Zukunftsgestaltung.

Ein Highlight: Das jährliche UBi-Dialogforum in Berlin – die zentrale Konferenz für Wirtschaft und Biodiversität – verzeichnete mit über 300 Teilnehmenden, darunter auch zahlreichen IHK-Kolleginnen und -Kollegen, einen neuen Besucherrekord.



Ein Jahr Berliner Bündnis für Biodiversität: Sofie Geisel, Geschäftsführerin der DIHK Service GmbH (2.v.l.), mit Staatssekretärin für Klimaschutz und Umwelt a.D. Britta Behrendt (3.v.l.) und Henrik Vagt, stellv. Hauptgeschäftsführer IHK Berlin (3.v.r.)

Young Energy Europe: Energy Scouts senken Energiekosten und steigern Effizienz

Die Energy Scouts von Young Energy Europe (YEE), einem Projekt der DIHK Service GmbH, verfolgen ein klares Ziel: Energie- und Ressourceneinsparungen identifizieren, Kosten reduzieren und Unternehmen wettbewerbsfähiger machen. Gemeinsam mit den AHKs hat YEE 2025 rund 250 junge Fachkräfte in zehn europäischen Ländern zu Energy Scouts qualifiziert. Ihr Wissen setzten sie in konkreten Projekten um – etwa durch Abwärmenutzung, Photovoltaikanlagen oder Prozessoptimierungen. Das Ergebnis: Jeder Energy Scout spart durchschnittlich 38.000 Euro pro Jahr für seinen Betrieb.

Ein Höhepunkt des Jahres war die feierliche Auszeichnung der besten deutschen und europäischen Energy Scouts Ende Juni in Berlin. Rund 300 Teilnehmende aus allen Projektländern waren dabei. Zu den ersten Gratulanten gehörten Rita Schwarzlühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin im BMUKN, und Achim Dercks, stellv. DIHK-Hauptgeschäftsführer.

Wirkung durch Praxis: Märkte für GreenTech „Made in Germany“ erschließen

Die Exportinitiative Umweltschutz des Bundesumweltministeriums – umgesetzt durch die Chambers for GreenTech und die AHKs – entwickelte ihre Projektarbeit kontinuierlich

weiter. Der diesjährige Schwerpunkt lag auf einer stärkeren inhaltlichen Fokussierung sowie auf Investitionen in deutsche Umwelttechnologien. Diese Investitionen dienen der Anschaffung, Erprobung und Weiterentwicklung von Prototypen.

Praxisnahe Showcases, etwa in Kasachstan, Südafrika, Sambia und Kuba, erleichterten deutschen Unternehmen den Marktzugang vor Ort. Gleichzeitig wurde technisches Wissen in Zukunftsmärkten aufgebaut, beispielsweise zu Batterie- und E-Waste-Recycling in Ostafrika. So verband die Exportinitiative technologische Innovation und Umweltschutz mit wirtschaftlichen Chancen für deutsche Unternehmen.



Markus Gallander aus dem Bundesumweltministerium (r.) hat den deutsch-österreichischen Umweltmanagement-Preis 2025 an sechs Gewinner aus Deutschland verliehen. Einer der Gewinner ist die SchwörerHaus KG aus Hohenstein



Rund 50 Energy Scouts aus zehn Ländern wurden im Juni 2025 für ihre Praxisprojekte im Haus der Deutschen Wirtschaft ausgezeichnet



Sachgerechte Sammlung und Sortierung von Elektronikschrott bei Rock E-Waste in Nairobi

Die deutsche Delegation beim Europäischen Parlament der Unternehmen 2025



Europa



DIHK-Präsident Peter Adrian, Leiter der deutschen Delegation, spricht sich für ein starkes Europa aus, das die Wirtschaft aktiv mitgestalten kann



Die deutsche Eurochambres-Vizepräsidentin Sibylle Thierer mahnt beim EPdU einen zügigen Abbau der noch bestehenden Hürden im Binnenmarkt an

Europäisches Parlament der Unternehmen 2025: Trendwende jetzt!

Am 4. November wurde das Europäische Parlament zum Forum der Wirtschaft: Knapp 700 Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Europa nahmen im Brüsseler Plenarsaal die Plätze der Europaabgeordneten ein. Unter Leitung von DIHK-Präsident Peter Adrian beteiligten sich knapp 90 hochrangige deutsche Vertreterinnen und Vertreter aus Gewerbe

und Handwerk am Europäischen Parlament der Unternehmen, das zum siebten Mal vom europäischen Kammerdachverband Eurochambres organisiert wurde. Die engagierten Wortbeiträge unterstrichen die Notwendigkeit eines Kurswechsels in der europäischen Wirtschaftspolitik. So forderte die deutsche Vizepräsidentin von Eurochambres Sibylle Thierer eine Abkehr vom Protektionismus im Binnenmarkt und einen Abbau der Hürden beim grenzüberschreitenden Einsatz von Arbeitnehmern. Große Einhelligkeit gab es bei den Herausforderungen

für die Wirtschaft und bei der Kritik an der Langsamkeit der Maßnahmen: 93 Prozent der teilnehmenden Unternehmen spüren noch keine der versprochenen Erleichterungen.

Trotz schwieriger geopolitischer Lage zeigten die Unternehmer Gestaltungswillen und präsentierten konkrete Ideen. Ihre zentrale Forderung an die Politik: mehr Unterstützung, deutlich weniger Bürokratie und eine wirksamere wirtschaftspolitische Agenda für Europa.



Gespräche mit Bodo Lehmann, Leiter der Vertretung des Landes Baden-Württemberg (Mitte), Tanja Traub, Hauptgeschäftsführerin der IHK Nordschwarzwald, Freya Lemcke, Leiterin der DIHK-Vertretung bei der EU, Claudia Gläser, Präsidentin der IHK Nordschwarzwald, Birgit Hakenjos, Präsidentin der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg, und Thomas Albiez, Hauptgeschäftsführer IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg (v. l. n. r.)

Wettbewerbsfähigkeit Europas: Praxis trifft Politik

Die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit stand auch 2025 im Zentrum der DIHK-Arbeit. In zahlreichen hochrangigen Veranstaltungen und Gesprächen wurden unter anderem die EU-Initiativen zur Vereinfachung regulatorischer Vorgaben, die EU-Industriepolitik sowie weitere Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Europa adressiert. Der entscheidende Erfolgsfaktor: die starke Präsenz der IHKs und ehrenamtlich engagierter Unternehmerinnen und Unternehmer aus Deutschland. Neben dem DIHK Board Europa zeigte die IHK-Organisation im Rahmen von 30 Sitzungen

mit IHKs und Ehrenamt vor Ort in Brüssel Flagge. Sie brachten authentische Einblicke aus dem unternehmerischen Alltag nach Brüssel und ergänzten somit die DIHK-Forderungen plastisch. Dieser Praxischeck bleibt entscheidend.

Innovation statt Bürokratie: Hochrangige Dialoge in Brüssel

Von Anfang an mit dabei: Seit die EU-Kommission ihre neuen Implementierungs-Dialoge gestartet hat, sitzt die IHK-Organisation als zentrale Stimme mit am Tisch. Ziel der Dialoge ist es, durch konkrete Unternehmensbeispiele für

mehr Praxisorientierung in der europäischen Wirtschaftspolitik zu sorgen.

Beim ersten Gespräch mit Vereinfachungskommissar Valdis Dombrovskis im Frühjahr brachte DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller klare Forderungen zu Vereinfachungen bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung, der EU-Lieferkettenrichtlinie und beim CO₂-Grenzausgleichsmechanismus ein. Auf diesen zweitägigen Auftakt folgten zahlreiche weitere Dialoge, die von Haupt- und Ehrenamt aus DIHK und Eurochambres bestritten wurden.

Bürokratieabbau allein reicht nicht: Die Frage, wie die Innovationskraft Europas außerdem gestärkt werden kann, stand im Mittelpunkt des Herbsttreffens der DIHK-Vizepräsidentin mit der Innovationskommissarin Ekaterina Zaharieva. Die Kernbotschaft: Europa muss Unternehmen besseren Zugang zu Wachstumsfinanzierung und Technologieinfrastrukturen ermöglichen und Innovationshemmnisse systematisch abbauen. Nur so bleibt die EU wettbewerbsfähig und hält ihre besten Köpfe in der Union.

EU-Entwaldungsverordnung: Einsatz für eine praxisnahe und verhältnismäßige Umsetzung

Für eine praxistaugliche Ausgestaltung und Umsetzung der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) hat sich die DIHK intensiv eingesetzt. Angesichts erheblicher Belastungen für die Unternehmen trat sie früh mit der Bundesregierung, der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament in den Dialog. Als sich Deutschland im Rat zunächst enthielt, trug die DIHK die zentralen Anliegen der Wirtschaft direkt ins Kanzleramt, zur EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und zu den Europaabgeordneten. Mit Erfolg: Der von Deutschland vorgeschlagene Aufschub der EUDR wurde mehrheitsfähig und zur offiziellen Position von Rat und Parlament. Die DIHK bleibt weiterhin aktiv, um sicherzustellen, dass die finalen Regeln praxistauglich und mittelstandsfreundlich ausgestaltet werden. Zudem unterstützte die DIHK die IHKs bei der Beratung von Unternehmen durch umfangreichen Wissensaustausch und praxisnahe Orientierungshilfen.



Mit Innovation zu mehr Wettbewerbsfähigkeit: EU-Kommissarin für Start-ups und Innovation, Ekaterina Zaharieva, im Gespräch mit DIHK-Vizepräsidentin Kirsten Schoder-Steinmüller





Sibylle Thierer (Mitte) vertritt als Eurochambres-Vizepräsidentin die Anliegen der deutschen Wirtschaft im europäischen Kammerdachverband



Zukunft des EU-Haushalts: Diskussion mit dem belgischen Vize-Regierungschef Vincent van Peteghem (3.v.r.), dem Vorsitzenden des Haushaltskontrollausschusses, MdEP Niclas Herbst (2.v.r.), und Freya Lemcke (r.), Leiterin der DIHK-Vertretung bei der EU

Spitzenverbände im offenen Gespräch mit EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen

Bei den Betrieben ist noch keine Entlastung spürbar – diesen Befund adressierten die Präsidenten der vier Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (BDA, BDI, DIHK und ZDH) eindringlich an EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bei einem Austausch im September in Berlin.

DIHK-Präsident Peter Adrian kritisierte unter anderem die Fehlentwicklung in der Energiepolitik, die Belastungen durch die aktuelle US-Handelspolitik und vor allem die überbordende Bürokratie. Von der Leyen versprach Verbesserungen, verwies aber auch auf Gegenwind aus dem Europäischen Parlament.

Eurochambres Vollversammlung gibt Impulse für europaweite Interessenvertretung

Energiepreise, Bürokratieabbau, Fachkräftesicherung – die Verbesserung der Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Europa war das Hauptthema bei der Vollversammlung des europäischen Kammerdachverbandes Eurochambres mit Vertretern aus 30 europäischen Ländern. Durch gemeinsame Aktivitäten kann die Stärke des europaweiten Netzwerkes für die Belange der Wirtschaft genutzt werden – Eurochambres spricht für 2.000 regionale Kammern und rund 20 Millionen Mitgliedsunternehmen. Die deutsche Eurochambres-Vizepräsidentin Sibylle Thierer appellierte an die Mitglieder der Vollversammlung, die Arbeit von Eurochambres auch auf nationaler Ebene zu flankieren. Durch gemeinsame Aktionen in

Brüssel könne man das aktuelle Momentum für eine bessere Wirtschaftspolitik nutzen.

Neuer Mehrjähriger Finanzrahmen soll die Weichen für ein zukunftsfähiges Europa stellen

Die DIHK brachte zum neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2028–2035 die Impulse der IHK-Organisation frühzeitig in Brüssel ein. Kernforderungen: Ein substanzielles Budget für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, keine neuen Belastungen für Unternehmen über Steuern und Abgaben, bürokratiearme Programme sowie eine gute Balance zwischen mehr Flexibilität bei den Ausgaben für neue Herausforderungen und klaren Regeln für effektive, nachverfolgbare Mittelverwendungen.



Wirtschaftsjunioren Deutschland

#ClosingTheGaps: Impulse, Positionen, Perspektiven

Das Wirken der Wirtschaftsjunioren Deutschland (WJD) stand 2025 unter dem Motto „#ClosingTheGaps“. Constance Kaysser setzte damit als Bundesvorsitzende einen klaren Schwerpunkt auf das Sichtbarmachen und Überwinden wirtschaftlicher, technologischer und gesellschaftlicher Ungleichheiten.

Der Begriff „Gaps“ stand dabei nicht für den Gender-Pay-Gap, sondern für den Care-Gap, Bildungs- und Fachkräftelücken sowie Herausforderungen in der Unternehmensnachfolge – Bereiche, die häufig eng miteinander verknüpft sind. Das Motto war Impulsgeber für den gesamten Verband, strukturelle Barrieren zu identifizieren und Lösungsansätze zu entwickeln.

Daran knüpfte das Grundsatzpapier „Junge Wirtschaft. Starke Zukunft.“ an, dass die WJD im Vorfeld der Bundestagswahl vorlegten. Es bündelt zentrale Forderungen der jungen Wirtschaft zu Digitalisierung, Entbürokratisierung, Fachkräftesicherung und generationengerechter Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Botschaft: Deutschlands Zukunftsfähigkeit braucht verlässliche Rahmenbedingungen, moderne Bildung und innovationsfreundliche Strukturen!

Wirtschaft braucht Vereinbarkeit

Wer die Fachkräftesicherung stärken will, muss bessere Rahmenbedingungen für Familien schaffen – und dabei endlich auch Selbstständige mitdenken. Eine Befragung

Linke Seite: Bundeskanzler Friedrich Merz beim 30-jährigen Jubiläum des Know-how-Transfers, bei dem ihm das Zukunftsbarometer 2025 von dem WJD-Bundesvorsitz übergeben wird

unter Wirtschaftsjuniorinnen und Wirtschaftsjunioren zeigte große Wachstums- und Beschäftigungspotenziale, die durch fehlende Betreuungsangebote, unzureichende Absicherung im Mutterschutz und mangelnde Unterstützung bei der Pflege von Angehörigen ungenutzt bleiben.

Im Positionspapier „Vereinbarkeit – Schlüssel zu Fachkräftesicherung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit“ richtete die junge Wirtschaft 17 praxisnahe Forderungen an die Politik, um Bürokratie abzubauen, flexible Kinderbetreuung zu ermöglichen und faire Schutzmechanismen für Unternehmerinnen und Unternehmer einzuführen.

Damit rückten die WJD Vereinbarkeit als Wirtschaftsfaktor in den Mittelpunkt – als entscheidende Voraussetzung dafür, dass Deutschland seine Fachkräftebasis stärken und im internationalen Wettbewerb bestehen kann.

Lücken schließen. Zukunft gestalten.

Mitte Oktober wurde Berlin erneut zum Treffpunkt für Entscheiderinnen und Entscheider aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik. Rund 300 Gäste folgten der Einladung zum „Tag der jungen Wirtschaft“ (TdjW), um über die zentralen Zukunftsfragen junger Unternehmerinnen und Unternehmer zu diskutieren.

Im Fokus standen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Herausforderungen der Unternehmensnachfolge, die Rolle von Impact-Unternehmen sowie Innovationen für einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Auch 2025 galt: Mitreden. Mitgestalten. Mitmachen.

Neben fokussierten Diskussionsrunden bot der TdjW praxisorientierte Workshops sowie vielfältige Möglichkeiten für einen Austausch auf Augenhöhe.

Zukunftsbarometer 2025

Im Rahmen eines Parlamentarischen Abends zum TdjW stellte Bundesvorsitzende Constance Kaysser die Ergebnisse des Zukunftsbarometers 2025 vor. Ergebnis: Rund 77 Prozent der befragten Unternehmerinnen und Unternehmer blicken pessimistisch auf die kommenden zwei Jahre. Das ist der höchste Wert seit Beginn der Erhebung. Als stärkste Wachstumsbremsen sieht die junge Wirtschaft erneut Bürokratie und steigende Lohnkosten, während das Vertrauen in echten Bürokratieabbau weiter sank. Zugleich kristallisierte sich die Unternehmensnachfolge als zentrales Zukunftsthema heraus: Viele Mitglieder führen bereits einen Betrieb oder können sich eine Übernahme vorstellen, zweifeln jedoch zunehmend an verlässlichen politischen Rahmenbedingungen. Hoffnung macht hingegen der technologische Wandel, den die Mehrheit weiterhin als Chance und Motor für Innovation bewertet.

Dialog, der Zukunft schafft

In Zeiten vielfältiger Umbrüche ist der offene Dialog für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland wichtiger denn je. Seit bereits 30 Jahren schafft der Know-how-Transfer der Wirtschaftsjunioren Deutschland genau diesen Raum und zählt damit zu den bedeutendsten Austauschformaten zwischen Politik und junger Wirtschaft.

Eine Woche lang begleiteten junge Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Führungskräfte Mitglieder des Deutschen Bundestags, erhielten unmittelbare Einblicke in die politischen Entscheidungsprozesse und brachten zugleich ihre wirtschaftlichen Perspektiven mit ein. Der Know-how-Transfer baut Brücken, stärkt gegenseitiges Verständnis und trägt dazu bei, politische Rahmenbedingungen zukunftsorientiert zu gestalten.



KEINE SORGE, DIE TUN WAS.



**Ausbildung
macht mehr
aus uns**

**JETZT
#KÖNNENLERNEN**

Kampagnen und Aktionen

Die DIHK hat sich mit verschiedenen Kampagnen rund um den Neustart der EU-Kommission in Brüssel Anfang des Jahres und die Bildung einer neuen Bundesregierung im Frühjahr stark in die politische Diskussion eingebracht. Mit typischen Beispielen veranschaulichen wir Lösungen, Kreativität und Innovationskraft der Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland.

Bundesweite Azubikampagne auf Erfolgskurs

Mit der bundesweiten Ausbildungskampagne zeigen die IHKs: Ausbildung ist vielfältig und chancenreich – dort, wo junge Menschen unterwegs sind.

Mit Überschriften wie „Keine Sorge, die tun was“, „Nicht fake, aber fähig“ oder „Ihr könnt uns mal. Was beibringen“ will die IHK-Organisation Lust auf Ausbildung machen. Die



Kampagne macht deutlich: Duale Ausbildung bietet echte Perspektiven – für junge Menschen ebenso wie für Betriebe, die noch viele offene Plätze zu besetzen haben.

2025 hat die Kampagne auf eine Mischung aus klassischen Großplakaten in den Städten, digitalen Screens an Bahnhöfen sowie in Einkaufszentren und einen außergewöhnlichen Hingucker im ländlicheren Raum gesetzt: Bäckertüten. Sie transportieren Botschaften wie „Sei kein Krümel“ oder „Brotal gut ausgebildet“ direkt in den Alltag.

Parallel läuft die Kampagne auch auf dem TikTok-Kanal „die.azubis“. Sie zählt inzwischen über 80.000 Abonentinnen und Abonnenten und verzeichnete mehrere hundert Millionen Views. Hier erzählen acht echte Azubis und eine Ausbilderin ihre Geschichten. Neben den bundesweiten Werbemaßnahmen bringen die IHKs das „Lebensgefühl Ausbildung“ auch direkt in die Regionen: durch Beratungsangebote, Azubi-Messen und zahlreiche lokale Aktivitäten.

Mit der Kampagne schaffen die IHKs nicht nur Aufmerksamkeit, sondern auch ein neues Bewusstsein für die Bedeutung der Ausbildung – und bringen das zusammen, was zusammengehört: Jugendliche und Unternehmen.

Erstmals gab neben acht Auszubildenden auch eine Ausbilderin (1.v.l.) der Kampagne ein Gesicht

IHK Deutsche Industrie- und Handelskammern

**IHR KÖNNT
UNS MAL.
WAS BEIBRINGEN.**

JETZT

**Ausbildung
macht mehr
aus uns**



Birgit Putz kämpft gegen das Regulierungsdickicht im EU-Binnenmarkt

Kampagne „Ich kann so nicht arbeiten“ – Herausforderungen für Betriebe und Lösungsansätze

Mit der Diskussion über wirtschaftspolitische Weichenstellungen rund um die Bundestagswahl und der anschließenden Regierungsbildung hat die DIHK ihre bereits im Vorjahr angelaufene Kampagne „Ich kann so nicht arbeiten“ unter großer Beteiligung vieler IHKs intensiviert. Die Kampagne benennt aktuelle Probleme der Unternehmen, wie wachsende Bürokratie, lange Planungsverfahren oder fehlende Digitalisierung. Und sie zeigt konkrete Lösungsvorschläge auf.

Dabei beschreiben ehrenamtlich in der IHK-Organisation engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sehr konkret, was ihre Betriebe und Regionen im wirtschaftlichen Alltag immer wieder ausbremst – in Videos oder kleinen Fotostories auf Social-Media-Kanälen und auf Webseiten.



Ralf Stoffels prangert die bundesweiten Infrastrukturprobleme an

Zahlreiche klassische Medien greifen die konkreten Problembeschreibungen sowie die mitgelieferten Lösungsvorschläge („So kann ich arbeiten“) auf. Die Kampagne beruht auf dem Grundsatzbeschluss „#GemeinsamBesseresSchaffen – jetzt!“, in dem die IHK-Organisation bei ihrer Vollversammlung Ende 2023 zehn konkrete Forderungen für eine neue Wirtschafts- und Standortpolitik formuliert hatte.

Zu den Themen, die in der Kampagne aufgegriffen werden, zählen beispielsweise das schleppende Tempo bei Infrastrukturvorhaben, die ausufernde Bürokratie, die schlechte Planbarkeit von (Energie-)Kosten oder auch die Hürden bei der Zuwanderung internationaler Fachkräfte. Ebenso werden die unzähligen Verpackungsvorschriften, die der EU-Binnenmarkt nicht in den Griff bekommt, thematisiert oder die zusätzlichen Genehmigungsstellen für Medizintechnik sowie die schleppenden Brückenreparaturen.



Morwan Choli wäre schon mit beschleunigten Zertifizierungsverfahren geholfen

Immerhin: Das mit DIHK-Vizepräsident Ralf Stoffels aufbereitete Beispiel der wegen Baufähigkeit gesperrten Rahmedetalbrücke zeigt, wie sehr die Aktion und das damit verbundene IHK-Engagement wirken. Kurz vor Weihnachten 2025 – und damit deutlich schneller als ursprünglich erwartet – konnte die neu aufgestellte Brücke wieder teilweise befahren werden.

5 Power Punkte für Wachstum

Was die Politik nach der Wahl anpacken muss

Punkt 1: Deutschland muss schneller werden

IHK

Herausforderung

Deutschland hat einen großen **Nachholbedarf** bei Investitionen in seine **Infrastruktur**. Hinzu kommen **schleppende Planungs- und Genehmigungsverfahren** und eine zu langsame Digitalisierung, die zu **erheblichen Verzögerungen** bei wichtigen Projekten führen.

Aktion: Fünf Power-Punkte für Wachstum

Deutschland steht vor einer historischen Herausforderung. Nach zwei Jahren mit schrumpfendem Bruttoinlandsprodukt drohen Stagnation oder Rezession. Wachstum ist nicht in Sicht.

Was die neue Bundesregierung direkt angehen sollte, hat die DIHK in ihren „5 Power-Punkten für Wachstum“ geschärft: Deutschlands Wirtschaft braucht mehr Tempo, bezahlbare Energie, weniger Bürokratie, gute Fachkräfte und spürbare Steuerentlastungen – damit es wieder ein Land wird, in dem Zukunft entsteht. Dass DIHK und IHKs die künftige Bundesregierung bei einem Neustart in der Wirtschaftspolitik unterstützen, versteht sich von selbst.

Die fünf Power-Punkte liefen in der Presse und auf den Social-Media-Kanälen.

DIHK-Vorschläge:

Ausnahme zur Regel machen

LNG, Windenergie und Solarpaket – für bestimmte Projekte hat die Politik bereits Beschleunigungsgesetze beschlossen. Das muss Standard für alle Verfahren werden.

Bund-Länder-Pakt in die Praxis bringen

Es gibt bereits eine Bund-Länder-Einigung auf einen „Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung“, der sofort für alle Infrastruktur- und Investitionsprojekte den Tempo-Turbo einschalten kann. Dafür müssen die Beschlüsse über ein Artikelgesetz in allen Fachgesetzen umgesetzt werden.

Damit Deutschland wieder ein Land wird, in dem Zukunft entsteht.

Europarechtliche Spielräume nutzen

Durch die Anpassung von Schwellenwerten, das Nutzen von Ausnahmen und die Reduzierung von Nachweispflichten können Projekte deutlich schneller umgesetzt werden.

Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben

Genehmigungsverfahren können komplett digital ablaufen. Antragsunterlagen, Gutachten und Pläne sollten für die gesamte Verfahrensdauer von Antragsstellern, beteiligten Behörden und im Klagefall von Gerichten durchgängig digital abgerufen und bearbeitet werden können.

Die schnelle Umsetzung von Infrastrukturprojekten schafft Arbeitsplätze und stärkt langfristig die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.



#Landkann: Unterschätzte Wirtschaftskraft ländlicher Regionen sichtbar machen – das ist das Ziel der Kampagne. Drei Unternehmensbeispiele zeigen, dass ländliche Räume weit mehr als idyllische Lebens- und Erholungsorte sind: Sie sind wirtschaftliche Kraftzentren, Innovationsmotoren – und Schlüsselorte der Transformation

Kampagne: Wo sonst – wenn nicht in ländlichen Räumen? Stark. Innovativ. Unverzichtbar.

Ländliche Regionen sind weit mehr als idyllische Landschaften: Sie sind wirtschaftliche Kraftzentren, Innovationsmotoren und Schlüsselorte der Transformation. Hier entstehen Lösungen für die Energiewende, hier wird ausgebildet, produziert und exportiert. 2025 hat die DIHK diese Stärken gezielt in den Fokus gerückt. Mit dem Positionspapier „Ländliche Räume als Möglichmacher der Transformation“ wurden zentrale Handlungsfelder identifiziert und die Grundlage für den politischen Dialog geschaffen.



Im engen Austausch mit Entscheidungsträgern brachte die DIHK ihre Positionen ein und stieß Verbesserungen an. Neben geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen brauchen ländliche Räume zudem mehr Sichtbarkeit. Genau hier setzt die DIHK-Kommunikationskampagne #LandKann an: Sie hebt Potenziale hervor und macht ländliche Erfolgsgeschichten bekannt. Auch im kommenden Jahr wird die DIHK das Thema mit Nachdruck weiter vorantreiben.

Zwei Unternehmer und eine Unternehmerin, alle in ländlichen Räumen beheimatet, gewähren Einblick in ihre Unternehmensgeschichte, in ihre Fabrikhallen und



Verkaufsräume. Sie zeigen: Ländliche Räume sind ganz anders als das, was man ihnen in den Metropolen so nachsagt. Es wimmelt dort zum Beispiel nur so von Weltmarktführern! Und statt auf angestaubten Trotts trifft man hier auf Traditionen, die zukunftsweisend weitergedacht wurden. Klischees über das Land? Werden augenzwinkernd widerlegt.

Ländliche Räume endlich sichtbar machen – das ist das Ziel der Kampagne. Und am Ende der kurzen Videos steht jedes Mal die Frage: „Wo sonst, wenn nicht in ländlichen Räumen?“. Ja, wo eigentlich sonst?



Die AHKs werden in der Kampagne als Teil des gesamten Kammernetzwerks IHKs–AHKs–DIHK vorgestellt

„Auf zu neuen Märkten. Mit den AHKs.“ Das AHK-Netz präsentiert sich im neuen Gewand

Die Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) stehen für die Internationalisierung der deutschen Wirtschaft. Sie sind in über 90 Ländern mit 150 AHKs präsent und vertreten die Interessen deutscher Unternehmen – mit lokaler Marktkenntnis, persönlichem Zugang und einem Netzwerk, das weltweit Türen öffnet.

Bei der AHK-Weltkonferenz wurde eine neue Marketingkampagne für das AHK-Netz vorgestellt. Ihr Ziel ist die moderne Kundenansprache: Auf digitalen Plattformen soll der internationale Entdeckergeist deutscher Unternehmen geweckt und auf das Angebot der AHKs als weltweitem Partner beim Auslandsgeschäft aufmerksam gemacht werden.

Im Rahmen der Kampagne wurden zwei digitale Werkzeuge entwickelt, die die Orientierung und den direkten Weg ins internationale Geschäft erleichtern. Mit dem AHK-Navigator finden Unternehmen nach der Beantwortung von drei Fragen – zu Region, Branche und gewünschter Dienstleistung – die direkte Ansprechperson der zuständigen AHK und können eine kostenfreie Erstberatung buchen. Ein interaktiver Globus auf ahk.de zeigt die Reichweite des AHK-Netzes mit 150 Standorten in über 90 Ländern und bietet per QR-Code einen direkten Zugang zu der ausgewählten AHK.



DIHK-Finanzen im Jahr 2025

Die DIHK stellt einen Jahres- und Konzernabschluss in sinngemäßer Anwendung der einschlägigen Bestimmungen des Handelsgesetzbuches und des Haushaltsrechts auf. Mitglieder der DIHK sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHK) in Deutschland. Darüber hinaus können Deutsche Auslandshandelskammern (AHK) die außerordentliche Mitgliedschaft ohne Stimmrecht und Beitragspflicht bei der DIHK beantragen. Alle von der DIHK koordinierten AHKs haben von diesem Recht Gebrauch gemacht.

Zum Einzelabschluss der DIHK gehören die von den IHKs finanzierte Wirtschaftsplan-GuV für das Kerngeschäft in Berlin und Brüssel sowie die Wirtschaftspläne von 19 Auslandsbüros – den Delegationen und Repräsentanzen (Del/Rep) der Deutschen Wirtschaft. Diese Büros sind im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung für deutsche Unternehmen hauptsächlich in Asien, im Vorderen Orient, in der Russischen Föderation, in Afrika und in einigen Staaten Mittel- und Osteuropas tätig. Hinzu kommen gemeinsame Projekte der IHK-Organisation. Nicht in der Bilanz erfasst sind hingegen die rechtlich selbstständigen Auslandshandelskammern (AHK).

Die DIHK ist Alleingesellschafterin der DIHK Service GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Projekten), der DIHK DEinternational GmbH, Berlin (Gesellschaft zur Durchführung von Dienstleistungen und Steuerung der inzwischen 15 DEinternational-Vertriebsgesellschaften der Del/Rep) sowie der DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung – Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn. Außerdem ist die DIHK an weiteren Gesellschaften als Minderheitsgesellschafterin beteiligt, so an der IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Dortmund und an der sequa gGmbH, Bonn.

Das Geschäftsjahr 2025 der DIHK war unter der Führung der neuen Hauptgeschäftsführerin Helena Melnikov durch

intensive nationale und internationale Vertretung der Interessen der gewerblichen Wirtschaft geprägt – und das vor dem Hintergrund der vorgezogenen Bundestagswahl und transatlantischer handelspolitischer Spannungen. Neben nationaler und internationaler Wirtschaftspolitik hat die DIHK auch umfangreiche Aktivitäten zur Förderung und Koordinierung des AHK-Netztes und der Organisationsentwicklung durchgeführt.

Zur Bilanz 2025

Anlagevermögen und Umlaufvermögen

Im Saldo sank das Anlagevermögen der DIHK um rd. 6,8 Mio. EUR auf rd. 142,2 Mio. EUR. Davon entfallen rd. 116,9 Mio. EUR auf das Finanzanlagevermögen – im Vergleich zum Vorjahr eine Abnahme um rd. 6,3 Mio. EUR. Die Finanzanlagen verändern sich im Wesentlichen durch den Rückgang der Pensionsverpflichtungen, und damit einhergehend sinkt auch die Unterlegung mit liquiden Mitteln (-3,4 Mio. EUR). Darüber hinaus konnte die Anlage zur Finanzierung der Vorsorgen um 2,8 Mio. EUR reduziert werden. Die immateriellen Vermögensgegenstände und die Sachanlagen haben sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 0,5 Mio. EUR auf 25,3 Mio. EUR erhöht. Investitionen in Höhe von rd. 1,6 Mio. EUR, im Wesentlichen resultierend aus Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen, standen dabei planmäßigen Abschreibungen in Höhe von rd. 2,1 Mio. EUR, insbesondere auf das DIHK-Gebäude (rd. 1,0 Mio. EUR), gegenüber.

Die Guthaben bei Banken enthalten zum 31. Dezember 2025 hauptsächlich kurzfristige Termingelder zur Sicherung der laufenden Liquidität. Von den insgesamt 50,9 Mio. EUR stehen lediglich rd. 33,6 Mio. EUR zur freien Verfügung. Diese freien Mittel dienen der rollierenden Vorfinanzierung der Umlagen und Beiträge sowie zur finanziellen

Unterlegung der Rückstellungen und zur Finanzierung noch zu dotierender Vorsorgen. Bei den verbleibenden liquiden Mitteln handelt es sich um Guthaben der Del/Rep (rd. 10,0 Mio. EUR), des Abrechnungskreises Internationale Entsandtkräfte (rd. 3,3 Mio. EUR) sowie um gebundene Projektmittel (rd. 4,0 Mio. EUR), die Verwendungsrestriktionen unterliegen.

Eigenkapital und Rückstellungen

Das bilanzielle Eigenkapital der DIHK sinkt in Höhe des Jahresfehlbetrages 2025 um 2,3 Mio. EUR. Das Eigenkapital dient gemeinsam mit dem Fremdkapital der Finanzierung der vorhandenen Vermögenswerte.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen sinken um rd. 3,4 Mio. EUR auf rd. 98,5 Mio. EUR. Die übrigen Rückstellungen sinken gegenüber dem Vorjahr um rd. 1,1 Mio. EUR auf rd. 26,8 Mio. EUR. Hier haben sich insbesondere die Personalrückstellungen sowie die Rückstellungen für Zuwendungsrisiken reduziert.

Zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die DIHK stellt jeweils für den Finanzbedarf des kommenden Jahres eine Wirtschaftsplan-GuV sowie für die nächsten fünf Geschäftsjahre eine unverbindliche mittelfristige Planung im Sinne einer groben Projektion auf.

Die Umsatzerlöse der DIHK setzen sich aus den Grundbeiträgen und Umlagen der IHKs (rd. 51,2 Mio. EUR), aus Eigeneträgen und Bundeszuwendungen der Del/Rep (rd. 13,1 Mio. EUR) aus Zuwendungen für internationale Entsandtkräfte (rd. 13,0 Mio. EUR), Entgelt für Projekte (rd. 1,8 Mio. EUR) und sonstigen Erlösen (rd. 2,4 Mio. EUR) zusammen. Im DIHK-Konzern kommen von den einbezogenen

Tochterunternehmen zusätzlich Umsatzerlöse in Höhe von rd. 53,1 Mio. EUR hinzu.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Insgesamt hat die DIHK mit Stichtag 31. Dezember 2025 unmittelbare arbeitsvertragliche Verpflichtungen für 539 Beschäftigte, einschließlich der Delegationen und Repräsentanzen. Hiervon entfallen auf die DIHK in Berlin und Brüssel 293 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auf die Rechnungsprüfungsstelle in Düsseldorf 33 und auf die Wirtschaftsunioren in Berlin zwei. Weiterhin bestehen Verpflichtungen gegenüber acht Auszubildenden und weiteren sieben Beschäftigten im Ausbildungsring sowie sechs Beschäftigten in Elternzeit. 190 Beschäftigte der DIHK sind im Bereich der Auslandsbüros (Del/Rep) tätig. Die Tochterunternehmen im Inland und Ausland beschäftigen darüber hinaus 563 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vj.: 559), davon 376 (Vj.: 382) in den vollkonsolidierten Tochtergesellschaften.

Der Personalaufwand der DIHK steigt gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,8 Mio. EUR auf rd. 52,3 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus einer Zunahme der Aufwendungen für Löhne und Gehälter um 2,7 Mio. EUR. Hier wirken sich der Anstieg der Mitarbeitendenzahl sowie allgemeine Gehaltsanpassungen aus. Die Aufwendungen für soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge erhöhen sich geringfügig um 0,1 Mio. EUR.

Gehälter Führungskräfte

Die Gehaltssumme für 40 Führungskräfte (DIHK-Hauptgeschäftsführung, DIHK-Bereichsleiter, Delegierte der Deutschen Wirtschaft) beträgt 2025 insgesamt rd. 7,8 Mio. EUR. Auf die DIHK-Hauptgeschäftsführerin, ihren Stellvertreter und zwei weitere Mitglieder der Hauptgeschäftsführung entfallen hiervon rd. 1,3 Mio. EUR. Das Gehalt der Hauptgeschäftsführerin beträgt für das Jahr 2025 inklusive variabler Leistungsprämie rd. 488 TEUR. Helena Melnikov erhält keine arbeitgeberfinanzierten Altersvorsorgeleistungen.

Aufwendungen und Erträge

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sinken um rd. 9,2 Mio. EUR auf 30,5 Mio. EUR. Sie betreffen insbesondere Projektaufwendungen (8,3 Mio. EUR), Hausbetriebskosten (3,8 Mio. EUR), Honorare (3,3 Mio. EUR), Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen (5,2 Mio. EUR), Betriebs- und Geschäftsausstattung (3,8 Mio. EUR) sowie Reisekosten (2,2 Mio. EUR).

Die Abnahme der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus einem Rückgang der Aufwendungen für Instandhaltung aufgrund eines Sondereffektes im Vorjahr durch den Umbau des DIHK-Gebäudes (-5,0 Mio. EUR) sowie der Reduzierung der Honorare (-1,3 Mio. EUR) insbesondere durch verschiedene Einmalaufwendungen des Vorjahres u. a. für die Implementierung des Schiedsgerichtshofes und des Risikomanagementsystems bei den IHKs und AHKs. Darüber hinaus sinken die Eigenfinanzierungsbeiträge (-1,0 Mio. EUR) einerseits durch den Wiedereinstieg des Bundes in die Finanzierung des Projektes AHK Digital. Andererseits führten die Auflösungen von Projektrückstellungen und geringere Projektvolumen bei realisierten Projekten zu einem Minderaufwand.

Das Finanzergebnis liegt mit 0,4 Mio. EUR unter dem Vorjahr (1,8 Mio. EUR). Die Zinserträge resultieren in Höhe von 0,3 Mio. EUR (Vorjahr 1,5 Mio. EUR) aus der Anlage von liquiden Mitteln in Fest- bzw. Termingeldern, u. a. zur Finanzierung der kurz- und mittelfristigen Vorsorgen. Die Zinsaufwendungen liegen mit rd. 2,0 Mio. EUR auf dem Vorjahresniveau. Sie resultieren im Wesentlichen aus Aufzinsungsbeträgen für die Pensions- und Beihilferückstellungen. Die Erträge aus den Gewinnabführungen der Tochtergesellschaften DIHK Service GmbH (0,5 Mio. EUR) und DIHK DEinternational GmbH (1,5 Mio. EUR) liegen mit insgesamt 2,0 Mio. EUR um 0,7 Mio. EUR über dem Vorjahr. Das Ergebnis der DIHK DEinternational GmbH ist wesentlich beeinflusst durch eine Gewinnausschüttung (1,3 Mio. EUR) der GIC German Industry and Commerce (Taicang) Co. Ltd., Shanghai. Die Gewinnausschüttung wurde zweckbestimmungsgemäß von der DIHK zur Sicherung der

Liquidität der Delegation China eingesetzt. Die Ausschüttung aus dem Fonds zur Finanzierung der Pensionsrückstellungen belief sich auf rd. 0,9 Mio. EUR (Vorjahr 0,7 Mio. EUR). Ihr liegt ein Beschluss des Anlageausschusses zugrunde.

Jahresüberschuss und Verwendung

Die Gewinn- und Verlustrechnung der DIHK schließt mit einem Jahresfehlbetrag von -2,3 Mio. EUR (Vj. rd. -9,2 Mio. EUR) ab, davon DIHK-Wirtschaftsplan rd. -3,2 Mio. EUR sowie Del/Rep rd. +0,9 Mio. EUR.

Der Jahresfehlbetrag wird durch den Saldo von Entnahmen aus und Zuführungen zu Vorsorgen und dem Ergebnisvortrag kompensiert. Unter Berücksichtigung der bereits im Rahmen der Wirtschaftsplanung beschlossenen Verwendung des Ergebnisses 2024 zum Ausgleich des Wirtschaftsplanes 2026 verbleibt ein verfügbarer Bilanzgewinn von rd. 10,7 Mio. EUR für den Bereich der Wirtschaftsplan-GuV (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 16,2 Mio. EUR) und für den Bereich Del/Rep ein Bilanzgewinn von rd. 5,3 Mio. EUR (Gewinnvortrag aus dem Vorjahr rd. 4,3 Mio. EUR).

Im DIHK-Konzern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von rd. -1,4 Mio. EUR (Vj. rd. -7,5 Mio. EUR). Hiervon entfallen insgesamt rd. +2,7 Mio. EUR auf die Ergebnisse der Tochtergesellschaften DIHK-Gesellschaft für berufliche Bildung – Organisation zur Förderung der IHK-Weiterbildung gGmbH, Bonn, der GIC German Industry and Commerce (Taicang) Co. Ltd., Shanghai, VR China, sowie der GIC German Industry and Commerce Ltd., Hongkong, VR China. Die Ergebnisse dieser Gesellschaften unterliegen zuwendungs- und steuerrechtlichen Verwendungsrestriktionen.

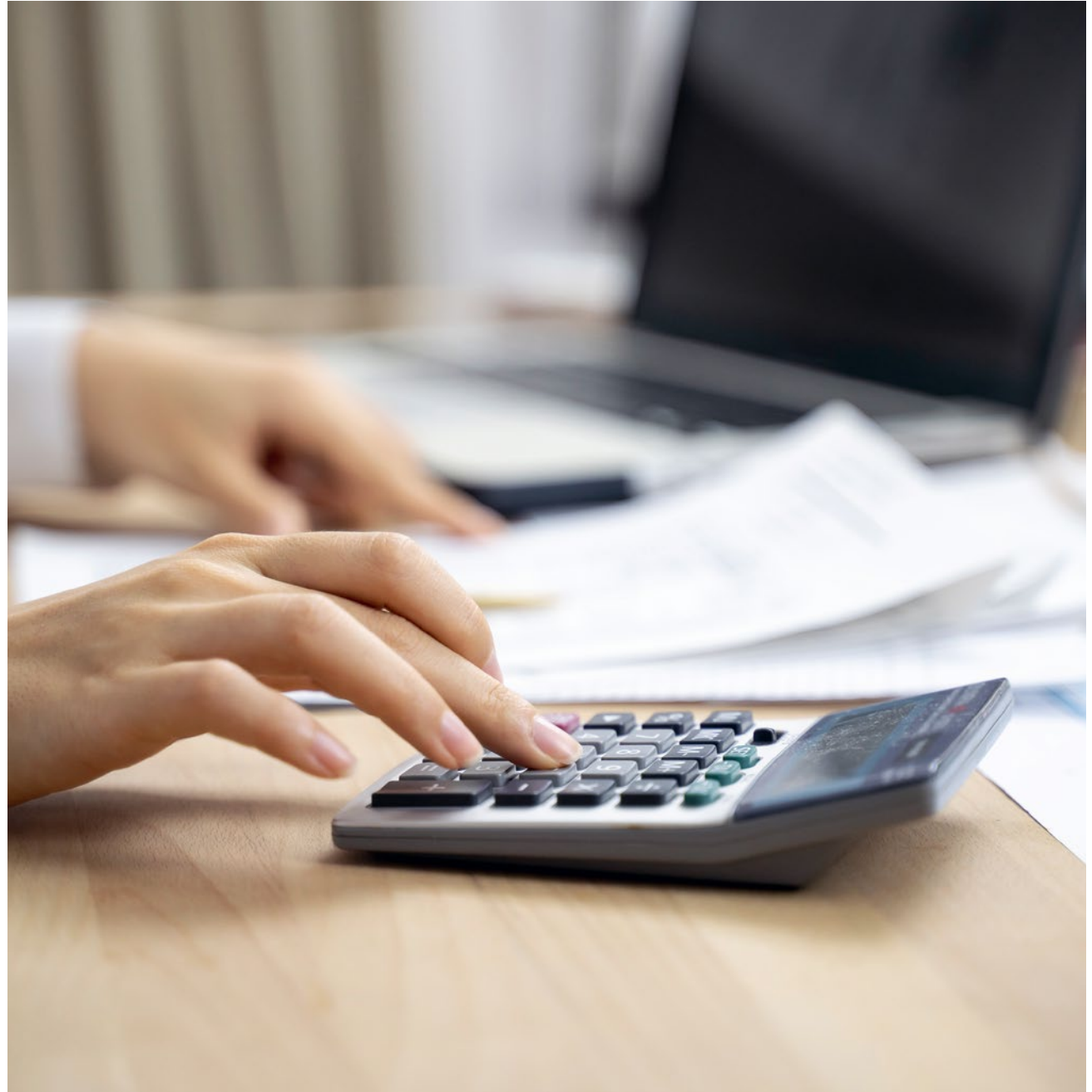
DIHK-Haushaltsausschuss und ehrenamtliche Rechnungsprüfer

Die DIHK nimmt in Berlin und Brüssel sowie mit dem weltweit tätigen AHK/Del/Rep-Netz die Interessen der gewerblichen Wirtschaft auf Basis solider Finanzen wahr. Der DIHK-Haushaltsausschuss achtet darauf, dass die Aufgabenwahrnehmung

im Einklang mit den Interessen und den finanziellen Möglichkeiten der Industrie- und Handelskammern – den Mitgliedern der DIHK – geschieht.

Die angemessene Eigenkapitalausstattung, die Bewertung von Risiken und die Entwicklung der Bilanzen werden daher regelmäßig im DIHK-Haushaltsausschuss und im Dialog mit den von der DIHK-Vollversammlung bestellten ehrenamtlichen Rechnungsprüfern beraten. DIHK-Haushaltsausschuss und ehrenamtliche Rechnungsprüfer stützen sich dabei auf die Arbeit der DIHK-Geschäftsführung und der Wirtschaftsprüfer. Gerade mit Blick auf die vielfältigen internationalen Aktivitäten nutzt die DIHK ein detailliertes Risikomanagementsystem, das regelmäßig angepasst wird.

Neben DIHK und DIHK-Konzern spielt auch die Koordination des weltweiten Netzes der deutsch-bilateralen Auslandshandelskammern durch die DIHK in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) eine wichtige Rolle. Insgesamt hat das weltweite AHK/Del/Rep-Netz ein Finanzvolumen von rd. 250 Mio. EUR und rd. 2.100 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (jeweils einschließlich Del/Rep).



Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin – Bilanz zum 31. Dezember 2025

(DIHK-Wirtschaftsplan, Delegationen/Repräsentanzen, Außerplanprojekte, Registeranwendungen, Internationale Entsandkräfte, Schiedsgerichtshof)

Aktiva				Passiva			
	EUR	31.12.25 EUR	31.12.24 EUR		EUR	31.12.25 EUR	31.12.24 EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Sonstiges Eigenkapital		40.182.928,53	42.967.091,69
1. Entgeltlich erworbene gewerbliche Schutzrechte sowie Lizenzen an solchen Rechten		1.047.773,00	363.597,00	II. Bilanzgewinn		21.045.387,32	20.526.695,38
2. Geleistete Anzahlungen		71.802,50	0,00			61.228.315,85	63.493.787,07
		1.119.575,50	363.597,00				
II. Sachanlagen				B. Rückstellungen			
1. Grundstücke und Bauten		21.128.720,00	21.880.769,00	1. Rückstellungen für Pensionen		98.457.682,00	101.868.876,00
2. Technische Anlagen und Maschinen		47.074,00	53.720,00	2. Steuerrückstellungen		2.261.258,00	2.636.258,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		2.999.634,00	3.276.052,00	3. Sonstige Rückstellungen		24.513.322,19	25.216.479,21
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	269.075,89			125.232.262,19	129.721.613,21
		24.175.428,00	25.479.616,89				
III. Finanzanlagen				C. Verbindlichkeiten			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		3.029.536,03	3.029.536,03	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.942.857,92; Vj. EUR 3.274.259,55)		2.942.857,92	3.274.259,55
2. Beteiligungen		521.339,29	519.534,29	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 3.372.716,87; Vj. EUR 3.654.947,86)		3.372.716,87	3.654.947,86
3. Wertpapiere und liquide Mittel des Anlagevermögens zur Finanzierung der Pensionsverpflichtungen zur Finanzierung zweckgebundener Vorsorgen	98.457.682,00 14.848.318,95		101.868.876,00 17.632.482,11	3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 471.423,80; Vj. EUR 1.235.121,07)		471.423,80	1.235.121,07
4. Sonstige Ausleihungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR 8.000,00; Vj. EUR 40.000,00)		113.306.000,95 40.000,00	119.501.358,11 113.500,00	4. Verbindlichkeiten gegenüber Industrie- und Handelskammern (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 146.302,48; Vj. EUR 218.011,00)		146.302,48	218.011,00
		116.896.876,27	123.163.928,43	5. Verbindlichkeiten gegenüber Auslandshandelskammern (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 0,00; Vj. EUR 8.034,50)		0,00	8.034,50
		142.191.879,77	149.007.142,32	6. Sonstige Verbindlichkeiten (davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr EUR 2.189.615,03; Vj. EUR 1.540.546,24) (davon aus Steuern EUR 454.875,73; Vj. EUR 189.817,45) (davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 60.168,44; Vj. EUR 4.592,82)		2.189.615,03	1.541.822,72
						9.122.916,10	9.932.196,70
B. Umlaufvermögen				D. Rechnungsabgrenzungsposten		5.041.919,23	4.052.755,98
I. Vorräte							
Fertige Erzeugnisse und Waren		16.270,28	16.325,43	E. Passive latente Steuern		258.000,00	278.000,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		1.234.818,39	1.112.666,88				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		676.356,05	880.500,08				
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		0,00	1.080,52				
4. Forderungen gegen Industrie- und Handelskammern		1.180.705,56	1.647.816,03				
5. Forderungen gegen Auslandshandelskammern		1.397.338,67	1.431.452,70				
6. Sonstige Vermögensgegenstände		1.317.591,54	1.541.683,61				
		5.806.810,21	6.615.199,82				
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		50.851.884,57	49.834.537,52				
		56.674.965,06	56.466.062,77				
C. Rechnungsabgrenzungsposten		2.016.568,54	2.005.147,87				
		200.883.413,37	207.478.352,96	Sonstige finanzielle Verpflichtungen		7.148.392,85	7.907.064,38

Deutsche Industrie- und Handelskammer, Berlin – Gewinn- und Verlustrechnung für 2025

(DIHK-Wirtschaftsplan, Delegationen/Repräsentanzen, Außerplanprojekte, Registeranwendungen, Internat. Entsandtkräfte, Schiedsgerichtshof)

	2025		2024	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse (davon Grundbeiträge/Umlagen EUR 51.175.999,98; Vj. EUR 51.817.400,12)		81.466.853,20		81.500.252,79
2. Sonstige betriebliche Erträge (davon Erträge aus Währungsumrechnung EUR 137.011,53; Vj. EUR 110.351,72)		2.098.020,46		1.790.387,34
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen		2.072.354,11		2.174.364,37
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	43.807.099,13		41.075.944,45	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung EUR 1.394.312,53; Vj. EUR 2.456.530,20)	8.540.910,41		8.444.776,38	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		52.348.009,54		49.520.720,83
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus Währungsumrechnung EUR 249.127,92; Vj. EUR 194.138,67)		2.086.933,38		1.943.740,82
7. Erträge aus Beteiligungen	260.945,66	30.486.031,62	250.330,63	39.704.791,30
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1.968.243,56		1.295.446,58	
9. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	856.140,32		694.106,55	
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	334.622,24		1.504.460,94	
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon Aufwendungen aus der Aufzinsung EUR 2.023.499,90; Vj. EUR 1.970.489,24)	2.025.469,34		1.991.965,57	
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		1.394.482,44		1.752.379,13
		96.086,73		199.417,02
13. Ergebnis nach Steuern		-2.130.059,28		-8.500.015,08
14. Sonstige Steuern		135.411,94		702.452,94
15. Jahresfehlbetrag		-2.265.471,22		-9.202.468,02
davon DIHK-Wirtschaftsplan		-3.194.175,45		-9.608.886,75
Delegationen/Repräsentanzen		928.704,23		406.418,73
16. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		20.526.695,38		18.878.689,28
davon DIHK-Wirtschaftsplan		16.205.354,16		16.265.948,79
Delegationen/Repräsentanzen		4.321.341,22		2.612.740,49
17. Entnahmen aus der Vorsorge DIHK		3.248.163,16		12.512.292,12
18. Entnahmen aus der Vorsorge Del/Rep		0,00		1.302.182,00
19. Einstellungen in die Vorsorge		464.000,00		2.964.000,00
20. Bilanzgewinn		21.045.387,32		20.526.695,38

Impressum

Ihre Ansprechpartner 2026: <https://www.dihk.de/de/ueber-uns>

Herausgeber © DIHK – Deutsche Industrie- und Handelskammer
Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon: 030 20308-0 | Internet: www.dihk.de



Redaktion Frank Thewes, Susanne Schraff, DIHK Berlin

Grafik-Design Ralph Gabriel

Bildquellen Umschlagseiten:
U1: Werner Schuering
U2: Werner Schuering
U3: (v. l. n. r.): HK Hamburg; Jörg Sarbach; IHK Braunschweig; IHK Frankfurt a. M.; IHK Bonn/Rhein-Sieg; Florian Seidel; Harry Soremsky; Nico Pudimat; HK Hamburg; IHK Saarbrücken; Ulrike Kietzmann; IHK/Lins; IHK zu Coburg; Michael Reichel; IHK für München und Oberbayern
U4: (v. l. n. r.): IHK Hannover; IHK zu Berlin; IHK Rheinhessen/Ben Patzalski; IHK Region Stuttgart/Oßwald; EWM GmbH; Foto Goethe; IHK Ulm/photodesign Armin Buhl; IHK Mittlerer Niederrhein; foto-ziemlich.de; David Weyand; Thorsten Ochs; IHK Rhein-Neckar; IHK Ostwestfalen/Thomas F. Starke
U5: (v. l. n. r.): Marko Priske; BMW AG; Schüco International KG; David Weyand; IHK Frankfurt a. M.; Matthias Wuttig; ESTA; Uwe Köhn; Dehner Holding GmbH & Co. KG/Peter Herzig; IHK/Fabian Frühling; Peter Hübbe; EWM GmbH; Frank Peterschröder; Hebener; DIHK/Jens Schicke; Omnicard 2014
Innenteil:
S. 2 Nils Hasenau; S. 4 Werner Schuering; S. 6 Jens Schicke/Christian Plambeck, S. 7 Jens Schicke, S. 8 DIHK-Ausbildungsumfrage 2025; S. 9 Jens Schicke/Christian Plambeck (2); S. 11 Jens Schicke; S. 12 Jens Schicke; S. 13 Andreas Gebert; S. 14 Netzwerkbüro „Erfolgsfaktor Familie“/Nils Hasenau; S. 15 Margit Wild/DIHK Service GmbH;
S. 16 Thomas Rafalzyk; S. 18 Nils Hasenau; S. 19 Jens Schicke; S. 20 Jens Schicke; S. 20 DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2025; S. 21 Werner Schuering; S. 22 Nils Hasenau (2); S. 23 Christian Thiel; S. 24 Jens Schicke; S. 25 Nils Hasenau; S. 26 Nils Hasenau (2); S. 27 Jörg Struwe; S. 28 DIHK; S. 29 DIHK; S. 30 DIHK; S. 31 IHK für Rheinhessen; S. 32 Nils Hasenau; S. 33 Nils Hasenau; S. 34 Stephan Wirtz; S. 35 Nils Hasenau; S. 36 Jens Schicke; S. 37 Going International 2025; S. 38 DIHK KOM; S. 39 DIHK/Sven Ehling; S. 40 Nathalie Schueller; S. 41 Marion Rachor-Meakem; S. 42 RGIT; S. 43 Sidorova/Schmidt/DIHK; S. 44 Jens Schicke; S. 45 Jens Schicke; S. 46 Nils Hasenau; S. 47 Nils Hasenau; S. 47 Nils Hasenau; S. 48 Jens Schicke; S. 48 Jens Schicke; S. 49 Jens Schicke (2); S. 50 Hans-Christian Plambeck; S. 51 Hans-Christian Plambeck; S. 52 Nils Hasenau; S. 53 DIHK; S. 54 DIHK; S. 55 DIHK; S. 56 Jens Schicke; S. 57 DIHK/Julia Löffelholz; S. 58 Jens Schicke; S. 59 Jens Schicke (2); S. 61 Amin Akhtar/IHK Berlin; S. 61 BMUKN/Annette Riedl; S. 62 Nils Hasenau; S. 63 Hanna Dittmeyer/Delegation der Deutschen Wirtschaft für Ostafrika; S. 64 photoreportages.be; S. 65 Zacaria Garcia (2); S. 66 photoreportages.be; S. 67 Christophe Licoppe; S. 68 ZDH/BILDSCHÖN/Boris Trenkel; S. 69 Karin Jessernig/WKÖ; S. 69 KAS; S. 70 WJD/Jana Legler; S. 72 DIHK; S. 73 Murat Aslan; S. 73 DIHK; S. 74 DIHK; S. 75 DIHK; S. 76 DIHK (2); S. 77 DEinternational GmbH; S. 77 Nils Hasenau; S. 80 seksan Mongkhonkhamsoo/Contributer/Getty Images

Stand März 2026

Druck DCM Druck Center Meckenheim GmbH | Werner-von-Siemens-Straße 13 | 53340 Meckenheim

Gemeinsam Wirtschaft Stärken

